

# Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



**CDU: Mut =  
Fachidiotie +  
Bedenken-  
losigkeit**  
➔ S.3

**Türkei: Rapide  
Verschlechterung  
der Lebens-  
verhältnisse in  
Stadt und Land**  
➔ S.7

**Anhaltende  
Proteste im Bil-  
dungsbereich**  
➔ S. 11

**Tarife Metall:  
Brechtstange  
und Damokles-  
schwert**  
➔ S. 15

**Wie kommt der  
Mensch zur  
Sprache und zur  
Mehrsprachigkeit?**  
➔ S. 18



## Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK  
– ERSCHEINT VIERZEHN TÄGLICH

**Herausgeber:** Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

**Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:**

**Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung:** Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Regionales / Gewerkschaftliches:** Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

**Diskussion / Dokumentation:** Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

**In und bei der PDS:** Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

**Termine:** Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

**Verlag:** GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

**Bezugsbedingungen:** Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 (Förderabo 42,90), ein Jahresabonnement kostet 59,80 (Förderabo 85,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60, Sozialabo: 46,80. Ausland: + 6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

**Druck:** GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

## Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ..... Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name: .....

Straße: .....

Postleitzahl/Ort: .....

Kto-Nr. ....

BLZ: .....

Bank: .....

Unterschrift: .....

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

## IN BERLIN

AKTUELL

**„LEBENSLÄNGLICH“ ABSCHAF-FEN.** Zur Debatte um die Begnadigung des seit 24 Jahren inhaftierten RAF-Mitglieds Rolf Clemens Wagner erklärt die innenpolitische Sprecherin des PDS-Vorstands, Katina Schubert: Die von Bundespräsident Rau geplante Begnadigung von Rolf Clemens Wagner ist richtig. Lebenslängliche Haft entzieht den Inhaftierten jede Perspektive, noch einmal ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Viele Angehörige von Gewaltopfern können – aus ihrer Sicht oft nachvollziehbar – nicht akzeptieren, dass auch zu langen Haftstrafen Verurteilte ihr Recht auf Würde nicht verwirkt haben. Für die politisch Verantwortlichen muss sich das anders darstellen. Ein Staat hat kein Recht auf Rache. Die lebenslängliche Haft gehört deshalb abgeschafft. (PM, 26.11.)

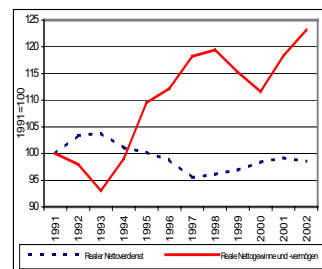
**GRENZSCHUTZAGENTUR.** Die Innen- und Justizminister der EU haben sich am 27. November in Brüssel über die Einführung biometrischer Merkmale in Visa und Aufenthaltstitel geeinigt und grünes Licht für die Europäische Grenzschutzagentur gegeben, teilte Bundesinnenminister Otto Schily mit. Der Rat hat soeben in seiner Sitzung Schlussfolgerungen zur Schaffung einer Europäischen Grenzschutzagentur angenommen. Damit wird eine Initiative von Bundesinnenminister Schily realisiert. So entsteht neben Europa die zweite europäische polizeiliche Sicherheitsbehörde. Die Agentur soll allgemeine Querschnittsaufgaben (Risikoanalyse, Harmonisierung der Aus- und Fortbildung, Förderung der Entwicklung von Detektionstechnik, Koordinierung gemeinsamer Rückführungsmaßnahmen) übernehmen. Die drei bislang eigenständigen operativen Zentren (Zentrum Landgrenzen / Federführung Deutschland; zwei Seegrenzzentren / Spanien und Griechenland; Zentrum Flughäfen / Italien) sollen als „Fachaußenstellen“ Teil der Grenzschutzagentur werden und von dieser koordiniert werden. Die Agentur soll zunächst aus ca. 30 Mitarbeitern bestehen und ihre Tätigkeit zum 1. Januar 2005 aufnehmen. Die Bundesregierung hat sich in den letzten Jahren nachdrücklich für eine Verbesserung der Zusammenarbeit beim Schutz der Außengrenzen eingesetzt. Die jetzt beschlossene Einrichtung der Agentur ist eine wichtige Entscheidung, die auch nach der EU-Erweiterung einen effektiven, effizienten und einheitlichen Schutz der Außengrenzen der EU gewährleistet.

Außerdem beschloss die EU-Konferenz die technische und juristische Vorbereitung, um Fingerabdrücke und andere Merkmale in Dokumenten zu speichern. (PM des BMI)

**SOZIALREFORM UND BERATUNGSDIENSTE.** Egal, wie das Ergebnis der neuen Existenzsicherung nach der Ver-

mittlung im Bundesrat lautet: es wird die Soziale Arbeit in eine neue Form zwingen. Emanzipatorische, partnerschaftliche oder gar anwaltschaftliche Ansätze werden – sofern man eine Finanzierung will – keinen Raum mehr haben. Gefordert wird bevormundende und sanktionsbewehrte Beratung nach amerikanischem Vorbild: der Sozialarbeiter als „teacher, preacher, friend and cop“ (Lehrer, Prediger, Freund und Polizist). Auch hier werden die Löhne nach unten rutschen, denn der Begriff der leistungsgerechten Vergütung ist in keinem der neuen Gesetze mehr vorgesehen. Die Vergabeordnung VOB wird dem billigsten Anbieter den Zuschlag geben. Eine stichwortartige Zusammenstellung der verschiedenen Auswirkungen auf die Soziale Arbeit: 1. Veränderte Klientenstruktur – nur für Hilfsbedürftige (§§ 11 u. 17 BSHG entfallen) – Fallmanager entscheidet, wer welche Beratungsleistung erhält. 2. Einbindung in Sanktionsmechanismen – Beratung wird Bestandteil der sanktionsbewehrten Eingliederungsvereinbarung (patriarchalisch-autoritäre Hilfestruktur) – Hilfebedürftiger hat keine Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte. 3. Verengung auf die Vermittlung Erwerbsfähiger in Arbeit – Leistungen Dritter (§ 16 SGB II) dienen nur der Eingliederung in Arbeit (nicht mehr der Sicherung eines menschenwürdigen Lebens, keine vorbeugende, nachgehende oder familiengerechte Hilfe) 4. Qualität der Sozialen Arbeit nicht mehr gesichert – Anspruch auf „leistungsgerechte Vergütung“ fehlt in SGB II, Ausschreibung nach VOL (günstigster Anbieter) – Anspruch auf „leistungsgerechte Vergütung“ in SGB XII beseitigt, wird der jeweiligen Haushaltslage untergeordnet (§ 70,3 SGB XII) (Sozialinfo von Heimstatt Esslingen e.V., Frieder Claus)

Entwicklung der realen privaten Nettogewinn- und Vermögens-einkommen und der realen Nettolöhne, 1991 bis 2002



Private Nettogewinn- und Vermögens-einkommen: Private Gewinn- und Vermögens-einkommen – veranlagte Einkommensteuer, – Körperschaftsteuer, – nichtveranlagte Steuern von Ertrag und Vermögenssteuer  
Preisbereinigt mit dem BIP-Deflator  
Quelle: Berechnungen nach Angaben des Stat. Bundesamtes

**UMVERTEILUNG.** Der DGB hat eine Broschüre mit dem Titel „Verteilungsbericht 2003 – Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer setzt sich fort“. Die obenstehende Grafik stammt aus dieser Broschüre. Die Broschüre kann unter [www.dgb.de/themen/themen\\_a\\_z/ab-isz\\_doks/v/verteilungsbericht2003.pdf](http://www.dgb.de/themen/themen_a_z/ab-isz_doks/v/verteilungsbericht2003.pdf) im Internet bezogen werden.

Politische Berichte im Internet: [www.gnn-archiv.staticip.de](http://www.gnn-archiv.staticip.de)

# Mut = Fachidiotie + Bedenkenlosigkeit

Mit ihrem Parteitag hat die CDU mit allen internen Widerstand erdrückender Mehrheit einen kulturelle Differenz gesetzt. Sie hat sich von dem Konzept der christlichen Nächstenliebe getrennt. Die Selbstverantwortung des Menschen wird auf ein Maß hin getrieben, das zu dem vorhandenen Macht-, Einfluss- und Reichtumsgefälle nicht passt. Hier wird nicht die Freiheit der Personen gefördert, ihr Schicksal zu gestalten, es wird viel eher proklamiert, welche Freiheiten die Mächtigen sich mit den Abhängigen erlauben dürfen. Die CDU macht sich fit für einen Machtwechsel mit Hilfe der F.D.P.

Ob es um das Herzogsche Versicherungskonzept geht oder um das Merzsche Steuerkonzept – beide Vorhaben werden praktisch erforderlichen Anpassungsprozessen unterliegen, so weit, dass die normativen oder auch doktrinen Ausgangspunkte gar nicht mehr so leicht zu sehen sind. Dennoch lohnt es sich, diese Ausgangspunkte festzuhalten.

Das Herzogsche Kopfgeldverfahren geht davon aus, Beziehungen, die zur Zeit als Nicht-Geld- und Nicht-Marktbeziehungen zwischen Personen und Personengruppen bestehen, in individuelle, bezifferbare Verhältnisse umzuwandeln. Die Rechnungen werden, das ist sehr wichtig, nicht etwa zwischen den Personen aufgemacht, sondern aufgelöst in Beziehungen zum Staat. Der Staat, der für den Ausgleich sorgt und z.B. für die Unterdeckung der Krankenversicherungsprämie aufkommt, ist aber die Instanz, die Verordnungen und Gesetze ma-

chen kann. Sie ist in der Lage, den gewährten Zuschuss mit Verhaltensvorschriften wirksam zu verbinden. Es entsteht ein Staatsmonopol, dessen Reichweite schwer abzuschätzen ist. Sicher ist aber, dass die Balance, die jetzt dadurch gegeben ist, dass z.B. der Interessenausgleich im Gesundheitswesen sehr weitgehend zivilgesellschaftlich geregelt ist, verloren geht.

Ähnlich verhält es sich mit der Merzschen Steuerreform, die von abstrakten ökonomischen Kalküls ausgeht. Die so-



genannten Subventionen und Steuergeschenke, die in der BRD bestehen, gehen nicht auf irgendwelche Tendenzen zum Wildwuchs zurück. Sie haben den rationalen Grund, alle Reserven der Gesellschaft zu mobilisieren. Die Tendenz wurzelt in den langen Jahrzehnten, in denen Arbeitskräfte in der BRD knapp waren. Da kam es darauf an, durch öffentliche Anerkennung und finanzielle Ent-

schädigung Anstrengungen zu ermöglichen, die sonst unterblieben wären. Ein schönes Beispiel gibt das „Pendeln“, dessen steuerliche Begünstigung einen Arbeitsmarkt schafft, der sonst einfach nicht bestünde. Solche Maßnahmen sind nur wirtschaftlich, solange die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt in den meisten

Sparten das Angebot überwiegt. Ist das wie heute nicht mehr der Fall, stellt sich das Fernpendeln als Arbeitskraftverschleiß heraus, denn gefördert oder nicht, es bleibt kraftzehrend. Stattdessen wäre es ökonomisch sinnvoller, die Leute fänden was am Ort. – Merz meint nur, dass durch Entfesselung von Marktrationalität die Schwierigkeiten der BRD in der konjunkturellen Entwicklung und im internationalen Vergleich bereinigt würden. Die Beseitigung der Fehlanreize, verbunden mit mehr Geld in der Hand der Wirtschaftssubjekte, würde zum Wachstum führen. Auch in diesem Ansatz steckt eine Überbetonung des bindingslos gedachten Wirtschaftssubjektes. Es wird nicht berücksichtigt, dass selbst große Unternehmen heutzutage ihre Ziele nicht erreichen können, wenn nicht „die Politik“, der Staat, die öffentliche Hand ihre Leistungen passend strukturieren.

Das Konzept der Union vernachlässigt also im sozialen Bereich die zivilgesellschaftlich organisierten Bindungen zwischen den Personen, und es vernachlässigt bei der Steuerfrage die Bedürftigkeit der Firmen, die ohne öffentliche Güter nicht florieren können.

Das Konzept der CDU ist nicht nur dogmatisch, sondern doktrinär und monomanisch. Alles kommt dabei darauf an, dass die Menschen als Privatleute ihren Vorteil ausrechnen. Dabei wird nicht bedacht, dass Wirtschaftskraft vielleicht derartige Berechnungen voraussetzt, aber nicht aus ihnen folgt.

Ausgerechnet Edmund Stoiber kam

Dokumentiert: Aus der Stoiber-Rede in Leipzig

## Deutschland muss wieder in die Offensive

Das muss verantwortungsvolle Politik heute erklären – gerade denen, die nur wenig finanziellen Spielraum haben – und trotzdem ihren Beitrag leisten müssen. Denn nur mit einer großen Gemeinschaftsanstrengung kommt Deutschland wieder in die Offensive.

Wo wir – CDU und CSU – Verantwortung tragen, handeln wir auch entsprechend. Wir machen wirklich Reformen, glaubwürdig und konsequent. Mit diesem klaren Reform- und Sparkurs gehen CDU und CSU einen schweren und steinigen Weg. Es hagelt reihenweise Beschwerdebriefe, öffentliche Aufschreie und Protestdemonstrationen. Zu viele sehen nur ihre eigenen Interessen, vor allem die Verbände. Aber es geht doch um das Ganze, es geht um unser Land, nicht um Einzelinteressen. Sparen ist kein Selbstzweck! Auch wenn jetzt manche bittere Medizin notwendig ist.

### Menschen bei Reformen mitnehmen

Warum nehmen wir Einschnitte vor? Damit dieses Land wieder Perspektiven hat! Warum ringen wir so intensiv um Reformkonzepte? Damit die Menschen in unserem Land eine Zukunft haben! Wir wollen mit den großen und mutigen Reformen, die die CDU auf diesem Parteitag und CDU und CSU in den nächsten Monaten gemeinsam auf den Weg bringen, den Menschen eine positive Lebensperspektive bieten. Wir wollen sie gewinnen, diesen schwierigen Weg mitzugehen.

Nur wer solche Perspektiven aufzeigen kann, kann die Menschen motivieren und zu neuem Aufbruch führen.

Nur wer tragfähige Rezepte hat, kann die Grundlagen für den Aufbruch in Deutschland legen. Was Deutschland unter Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Franz Josef Strauß stark gemacht hat, war die Soziale Marktwirtschaft. Das bedeutet: Mit Leistung, Markt und Wettbewerb zu Wachstum und Innovation. Dann entstehen neue Arbeitsplätze

und damit auch tragfähige soziale Sicherheit.

Markt und Wettbewerb brauchen aber auch soziale Leitplanken. Sie geben dem sprichwörtlichen „Kleinen Mann“ Schutz und existenzielle Verlässlichkeit.

Meine Damen und Herren!

Diese Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft haben uns Deutschen nach dem Krieg Selbstvertrauen und Selbstbewusstsein gegeben. Sie haben ungeahnte Leistungskräfte freigesetzt. Natürlich stiften gemeinsame Sprache, Kultur und Geschichte deutsche Identität. Aber das gilt bei uns angesichts unserer Vergangenheit weit weniger als bei anderen Nationen. Ich bin überzeugt: Ein wesentlicher Teil des einigenden Bandes der Deutschen nach 1945 war und ist der Stolz auf Leistung, Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit. Und dieses Band müssen wir gemeinsam wieder erneuern, damit es auch in Zukunft Alt und Jung, Arbeitnehmer und Unternehmer, Starke und Schwache zusammen hält.



als Gastredner in die Lage, auf solch wunde Punkte den Finger zu legen. Mit ungewöhnlicher Zurückhaltung verwies er die CDU-Delegierten auf die Bedürfnisse der Industrie als Gewerbe. Stoiber warnte, sehr durch die Blume, aber doch deutlich, dass diese Dogmata die Lebensrealität nicht trafen und sich in den anstehenden Wahlen als problematisch weisen könnten.

In seinem bemerkenswert kühl aufgenommenen Vortrag entwickelte Stoiber neben allerhand Schmarren über den Zusammenhang von Fußballspiel und Leben noch den interessanten Gedankengang, dass die BRD-Gesellschaft nicht durch positive Traditionen zusammengehalten sei, Folge der Geschichte, sondern durch die Erfahrung wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Stoiber deutete an, dass ein weiteres Zurückbleiben der BRD im Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung ganz erhebliche Gefahren der Desintegration mit sich bringen dürfte. Parteipolitisch propagierte Stoiber einen Kurs der Ablösung bei den kommenden ordentlichen Bundestagswahlen. Praktisch ließ, was Stoiber gesagt hatte, aber vor allem die Türe auf zu einer großen Koalition. Umgekehrt äußerte sich Merz auf eine personalisierende Weise über die gegenwärtige Regierung, die das wohl eher ausschließt.

Die CDU beweist mit ihrer Positionierung auf diesem Parteitag Mut zum Risiko. So nennt sie es selbst. Anders könnte man es auch als Verantwortungslosigkeit bezeichnen. Auf eine ungute Weise mischt sich die BWL-Fachidiotie eines Merz mit der brutalen Bedenkenlosigkeit des ehemaligen Richters Herzog, der als Privat- und Parteimann von allen gesetzlichen Fesseln und sittlichen Rücksichten frei loslegt. Die Komposition zweier solcher Fachidioten wird durch den Mut der Frau Merkel zusammengefasst. Einen Mut, den sie in den langen Jahren bedenkenloser Destruktionsstrategie als Kirchenfrau im Osten entwickelt hat und der sie vielleicht übersehen lässt, dass inzwischen niemand da ist, der für die Folgen eintreten könnte.



Dennoch bleibt übrig, dass das Konzept, das der CDU-Parteitag mit frenetischem Beifall mit 1000 : 4 bzw. 1004 : 0 festgeklopft hat, seine Schwächen nicht auf den ersten Blick offenbart. Eine Rechtfertigung von Obstruktionspolitik im Bundestag gibt es allemal her. Sollte es sich auch noch bei Wahlen bewähren, so hätte eine unionsgeführte Regierung tatsächlich einen Freibrief in der Tasche.

*alk, maf*

**Gegen den Versuch, per Kopftuch-Dekret die christlich-abendländisch-deutsche Leitkultur gesetzlich zu verankern, entwickelt sich eine fast schon erstaunlich breite Gegenbewegung. Wir dokumentieren:**

## „Religiöse Vielfalt statt Zwangs-emanzipation!“

**– Aufruf wider eine Lex Kopftuch –**

Das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat eine breite Diskussion ausgelöst. Bei allem Verständnis für diese Meinungsvielfalt sehen wir doch mit Sorge, welche Richtung diese Diskussion an vielen Stellen nimmt und wie Islam und Fundamentalismus oft undifferenziert gleichgesetzt werden. Letztendlich geht es bei der Debatte wiederum um die Frage, ob wir zu einem gleichberechtigten Miteinander der Religionen in unserer Einwanderungsgesellschaft bereit sind.

Sicherlich: Die Politisierung des Glaubens macht den Umgang mit dem Islam insgesamt und in Deutschland nicht einfach. Wir wissen um die demokratiefeindlichen, antisemitischen und frauenfeindlichen Strömungen im Islam, die nicht zu unserem Menschenbild und Verständnis von Emanzipation und Modernität passen. In Fragen der Werteordnung unserer Grundrechte gibt es keinen Spielraum. Wir alle verteidigen diese Rechte mit Entschiedenheit. Differenzen gibt es aber in der Frage, welches der bessere Weg ist.

Kopftuch, Schleier und Burka sind für islamische Fundamentalisten Instrumente zur Unterdrückung der Frau und unverzichtbare politische Symbole. Das Tuch auf dem Kopf einer Frau kann also ein politisches Symbol sein.

Klar ist daher: Sollte eine Kopftuchträgerin in eben dieser Weise in einer Schule agieren wollen, ist sie für den Beruf der Lehrerin nicht geeignet. Diesen Frauen sollte und kann mit Hilfe der individuellen Eignungsprüfung und dem Disziplinarrecht Einhalt geboten und sie so vom Schulunterricht ferngehalten werden.

Wir wissen allerdings auch: Nicht jede muslimische Frau, die sich für das Kopftuch entscheidet, vertritt den politischen Islam oder sympathisiert mit ihm. Gerade Frauen in der Diaspora greifen auf das Kopftuch zurück, um mit Selbstbewusstsein ihr Anderssein zu markieren oder eine Differenz im Verständnis von Sittsamkeit und Tugendhaftigkeit gegenüber der Aufnahmegesellschaft zu doku-

mentieren. Emanzipation und Kopftuch sind für viele Musliminnen eben kein Widerspruch.

Wenn wir ohne Prüfung der individuellen Motive generell Frauen mit Kopftuch vom öffentlichen Schulleben ausschließen, treffen wir gerade die Frauen, die mit ihrem Streben nach Berufstätigkeit einen emanzipatorischen Weg beschreiten wollen.

Da das Kopftuch ein geschlechtsspezifisches Merkmal ist, treffen wir zudem immer nur Frauen und nie den Mann – weder als Unterdrücker noch als politisch Agierenden. Um männliche islamische Fundamentalisten vom Schuldienst fernzuhalten, stehen uns die – wie wir finden auch für Frauen ausreichenden – Instrumente der individuellen Eignungsprüfung und des Disziplinarrechts zur Verfügung.

Es steht zu befürchten, dass das Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen die allgemeine gesellschaftliche Stigmatisierung



**Auf Ausgrenzung erfolgt Rückzug**

derjenigen Frauen, die es tragen, vorantreibt. Mit der Botschaft, das Kopftuch sei per se politisch und gehöre daher verboten, wird diese Einordnung auch die Frau in der Arztpraxis, die Verkäuferin und vielleicht bald auch die Schülerin treffen. Dies kann nicht in unserem Sinne sein. Es gilt, muslimische Frauen auf ihrem Berufsweg zu stärken und es ihnen damit möglich zu machen, einen selbstbewussten, frei gewählten Lebensentwurf zu verfolgen.

Durch ein Kopftuchverbot würden sich viele Muslime in der Einschätzung bestärkt fühlen, sie seien gesellschaftlich ausgegrenzt und chancenlos. Auf Ausgrenzungserfahrungen folgt häufig der Rückzug aus der Mehrheitsgesellschaft. Undemokratische islamische Organisationen wissen dies auszunutzen, dies ist der Nährboden für radikale Gesinnungen.

Nur wenn wir deutlich machen, dass wir nicht den Islam als Religion ablehnen, sondern uns gegen Fundamentalismus und antidemokratische Einstellungen verwahren, werden wir die Auseinandersetzung um den politischen Islam gemeinsam mit der muslimischen Bevölkerung führen können.

Jenseits der Frage, ob man für eine striktere Säkularisierung der Institution Schule eintritt oder auch dort die religiöse Pluralität unserer Gesellschaft sichtbar werden lassen will, ist die Gleichbehandlung aller Religionsgemeinschaften verfassungsrechtlich geboten. Eine unterschiedliche Behandlung islamischer Symbole gegenüber den christlichen und jüdischen ist integrationspolitisch äußerst problematisch, verstärkt Konflikte, statt sie zu reduzieren. Ein von einem generellen Verdachtsmoment abgeleitetes Kopftuchverbot, das zudem noch geschlechtsspezifisch wirkt, wäre eine religiös bedingte Diskriminierung mit praktischen Berufsausschluss.

Weil in vielen islamischen Ländern Frauen und Mädchen gezwungen werden, ein Kopftuch zu tragen, wollen wir sie zwingen, es abzusetzen. Fällt uns wirklich nichts Besseres ein, um ihnen zu mehr Bildung und Selbstbestimmung zu verhelfen? Oder wollen wir gar mit dem Kopftuchverbot alle religiösen Symbole in Bildungseinrichtungen verbieten?

Wir appellieren an Politik und Gesellschaft, die Gleichstellung von muslimischen Mädchen und Frauen nicht am Nein zum Kopftuch fest zu machen.

#### Unterzeichnerinnen:

• Marieluise Beck MdB, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration • Prof. Dr. Barbara John, Koordinatorin für Sprachförderung, Ausländerbeauftragte des Berliner Senats a.D. • Prof. Dr. Rita Süßmuth, Vorsitzende des Sachverständigenrates für Zuwanderung und Integration, Präsidentin des Deutschen Bundestages a.D. • Sabine Bätzing MdB, SPD • Almuth Berger, Ausländerbeauftragte des Landes Brandenburg • Grietje Bettin MdB, Bündnis 90/Die Grünen • Marianne Birthler, Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik • Maren Bock, Geschäftsführerin belladonna, Kultur- und Bildungszentrum für Frauen e.V., Bremen • Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning, Universität Duisburg/Essen, Fachbereich Migrationspädagogik • Karin Bräuer, Pädagogikreferentin im Ev. Missionswerk in Deutschland • Nicola Bramigk, Designerin, Berlin • Renan Demirkan, Schauspielerin und Autorin • Fanny Dethloff, Pastorin, Flüchtlingsbeauftragte der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche • Dr. Havva Engin, Technische Universität Berlin, Fachbereich Erziehungswissenschaften • Gisela Erler, Geschäftsführerin pme Familienservice GmbH • Ursula Ernst, AWO, Region Hannover, Leiterin Wohnheim für Flüchtlinge und Asylbewerber • Gabriele Erpenbeck, Ausländerbeauftragte des Landes Niedersachsen • Bärbel Fünfsinn, Theologische Referentin im Nordelbischen Missionszentrum, Referat Lateinamerika/Gender und Ökumenische Beziehungen, Hamburg • Dr. h.c. Liselotte Funcke, Staatsministerin a.D., Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen a.D. • Prof. Dr. Ute Gerhard, Universität Frankfurt, Schwerpunkt Frauenarbeit/Frauenbewegung • Adrienne Goehler, Kuratorin beim Hauptstadtkulturfond, Wissenschafts- und Kultursenatorin a.D. • Prof. Dr. Ingrid Gogolin, Universität Hamburg, Institut für Schulpädagogik • Angelika Graf MdB, SPD • Angelika Gramkow MdL, Fraktionsvorsitzende der PDS im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern • Prof. Dr. Carol Hagemann-White, Universität Osnabrück, Fachbereich Erziehungs- und Kulturwissenschaften • Anja Hajduk MdB, Bündnis

90/Die Grünen, Landesvorsitzende Hamburg • Josefine Hallmann, Vorsitzende der ev. Frauenarbeit in Deutschland e.V. • Christine Hoffmann, Referentin für Jugend- und Frauenpolitik des Bundes der deutschen katholischen Jugend Bundesvorstandes • Marianne Hürten MdL, Bündnis 90/Die Grünen NRW, Frauenpolitische Sprecherin • Maria Jepsen, Bischöfin, Nordelbische Evangelisch-Lutherische Kirche, Bischofskanzlei im Sprengel Hamburg • Dr. Gerdien Jonker, Ph.D., Religionswissenschaftlerin • Dr. Yaseemin Karakasoglu, Universität Duisburg/Essen, Fachbereich Migrationspädagogik • Ingeborg Kerssenfischer, Leiterin des Frauenreferates der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche • Elisa Klapheck, Chefredakteurin jüdisches berlin • Dr. Heidi Knake-Werner, Senatorin für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz in Berlin, PDS • Irmgard Koll, Dipl.-Dolmetscherin, Bundesvorstand Humanistische Union • Dr. Dorothea Kolland, Kulturstadtleiterin Berlin/Neukölln, Mitglied im Vorstand der Kulturpolitischen Gesellschaft • Phuong Kollath, Vorstandsmitglied Dien Hong – Unter einem Dach e.V. • Renate Künast MdB, Bündnis 90/Die Grünen • Ingrid Lange, Bürgermeisterin der Landeshauptstadt Hannover, Bündnis 90/Die Grünen • Dr. Silke Ruth Laskowski, Universität Hamburg, Geschäftsführerin der Forschungsstelle für Rechtsfragen der Internationalen Migration • Christine Lehder MdB, SPD • Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB, FDP, Bundesjustizministerin a.D., Landesvorsitzende der FDP Bayern • Prof. Dr. Hanna Liss, Hochschule für Jüdische Studien Heidelberg • Sylvia Löhrmann MdL, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Nordrhein-Westfalen • Dr. Christine Lucyga MdB, SPD • Anna Lührmann MdB, Bündnis 90/Die Grünen • Coletta Manemann, Landesgeschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V./NRW • Margret Mönig-Raane, Stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (Ver.di) • Schwester Barbara Müller, Dipl. Psychologin und Dipl. Theologin, Oberstudienrätin i.R. • Prof. Dr. Ursula Neumann, Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft • Laila Noor, Modedesignerin, Bremen • Brunhilde Raiser, Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland e.V. • Friederike Raum-Blöcher, Pastorin für Verständigungsarbeit, Hamburg-Wilhelmsburg • Katja Riemann, Schauspielerin und Sängerin • Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Alice Salomon Hochschule Berlin • Claudia Roth MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und humanitäre Hilfe im Auswärtigen Amt • Katharina Rutschky, Publizistin • Krista Sager MdB, Bündnis 90/Die Grünen, Wissenschaftssenatorin a.D. • Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin a.D., FDP • Ulrike Seemann-Katz, Landesgeschäftsführerin Bündnis 90/Die Grünen, Mecklenburg-Vorpommern • Anna Siegmund, internationales Model, vivamodels Berlin • Cornelia Spohn, Bundesgeschäftsführerin des Verbandes binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. • Dr. Eva-Maria Stange, Vorstandsvorsitzende der GEW • Marianne Theil, Vorstandsmitglied Aktion Courage e.V. • Angelika Voland MdL, SPD Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern • Sybille Volkholz, Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung • Bärbel Wartenberg-Potter, Bischöfin für den Sprengel Holstein-Lübeck • Beate Weber, Oberbürgermeisterin der Stadt Heidelberg, SPD • Prof. Dr. Rosemarie Will, Stellvertretende Vorsitzende des Bundesvorstandes Humanistische Union • Rosi Wolf-Almanasreh de C. Esteves, Gründerin Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V., ehemalige Leiterin des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt am Main

## Sozialdarwinismus pur

**Wissenschaftler wollen Sozialhilfe halbieren und Arbeitslosenversicherung ganz abschaffen**

„Freie Bahn den (angeblich) Tüchtigen – nieder mit den (sozial) Schwachen!“ – diese reaktionäre Kampagne, von Kanzler Schröder mit der Agenda 2010 bedient und hofiert, von Unternehmerverbänden, Union und FDP noch in ganz anderem Ausmaß gefordert, hat einige Professoren zu einem Gutachten ganz besonderer Güte getrieben. Eine „Halbierung der Sozialabgaben“ haben sich diese Herren in ihrem Mitte November vorgelegten Werk auf die Fahne geschrieben.

Erreichen wollen sie dieses Ziel unter anderem durch drastische Kürzungen in der Pflege- und Krankenversicherung, die zusammengelegt und deren Leistungen, ähnlich wie von der Herzog-Kommission vorgeschlagen, massiv zusammengestrichen werden sollen, durch ein Einfrieren der Rentenversicherung und durch die ersatzlose Abschaffung der Arbeitslosenversicherung – verbunden mit einer Halbierung der Sozialhilfesätze.

Die Ersteller des Gutachtens sind mit der Politik verbandelt:

– Prof. Friedrich Breyer, Uni Konstanz, Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und demnächst im Vorstand des Vereins für Socialpolitik, sowie

– Prof. Stefan Homburg, Uni Hannover und Mitglied der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung.

Auch die Stiftungen, mit deren Hilfe diese Herren sowie Prof. Reinhold Schnabel aus Essen das Gutachten erarbeitet und vorgelegt haben, gelten als einflussreich: die als regierungsnah geltende Bertelsmann-Stiftung, die Heinz Nixdorf Stiftung und die den Unionsparteien nahestehende Ludwig-Erhard-Stiftung.

In einer Pressemitteilung hatte die Bertelsmann-Stiftung schon Anfang November das Gutachten angekündigt. „Grundsätzlich umsteuern will die Expertengruppe in der Arbeitslosenversicherung. Für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger soll der Sockelbetrag der Sozialhilfe halbiert werden. Gleichzeitig soll Hinzuverdienst bis zu einer Höhe von 300 Euro gar nicht, bis zu einer Höhe von 600 Euro nur zur Hälfte auf die Sozialhilfe angerechnet werden“, hieß es da.

Zum Vergleich: Bisher erhält ein Sozialhilfebezieher 297 Euro Regelsatz im Monat – also ca. 300 Euro – und kann ca. 150 Euro im Monat „hinzuverdienen“, ohne dass die Sozialhilfe gekürzt wird. Macht, mal angenommen, er oder sie findet einen solchen „Zuverdienst“, 450 Euro im Monat. Künftig wird dieses Verhältnis umgekehrt: Nach dem Plan der Professoren gibt's nur noch 150 Euro als staatliche Sozialhilfe – der Rest ist anrechnungsfreies Zuverdienst – wenn man es denn findet.



„Verbunden wird dies mit einer Verpflichtung der Kommunen, für entsprechende Beschäftigungsmöglichkeiten zu sorgen“, heißt es weiter. „Entsprechende Beschäftigungsmöglichkeit“ heißt in der Praxis: kommunale Zwangsarbeit. Was die Gutachter vorschlagen, bedeutet nicht nur Verelendung pur. Was sie fordern, ist auch ein glatter Verstoß gegen das völkerrechtliche Verbot von Zwangsarbeit.

Von derselben sozialdarwinistischen Qualität sind ihre Auslassungen zur Arbeitslosenversicherung. „Schon durch ein dreijähriges Ansparen in Höhe des jetzigen Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung können Arbeitnehmer ein halbes Jahr Arbeitslosigkeit durch eigene Ersparnis überbrücken. Daher plädieren die Experten dafür, die Versicherungspflicht für Arbeitnehmer abzuschaffen“, heißt es in der schon zitierten Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung. „Die Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit entfallen ... Auf der Leistungsseite entfallen schrittweise das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe, die übrigen Lohnersatzleistungen, die staatliche Arbeitsvermittlung sowie die Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik“, heißt es in der „Kurzfassung“ des Gutachtens.

Das ist nicht mehr und nicht weniger als die ersatzlose Zerschlagung der Bundesanstalt für Arbeit und damit der seit 1927 bestehenden Arbeitslosenversicherung.

„Dem Einwand, diese Einschnitte seien radikal (an anderer Stelle sprechen die Verfasser sogar davon, man könnte sie für „rechtsradikal“ halten – wie sie darauf nur kommen?) ... ist entgegenzuhalten, dass viele Staaten gar keine Sozialhilfe kennen und die dortigen (restriktiven) Arbeitslosenversicherungen de facto die Funktion der deutschen Sozialhilfe übernehmen. Die Sozialhilfe aber soll nach dem hiesigen Vorschlag erhalten bleiben.“

Mit anderen Worten: Die Arbeitslosenversicherung wird abgeschafft, wer arbeitslos wird, fällt sofort auf halbe Sozialhilfe und wird, wenn er oder sie nicht sofort wieder einen Job findet, in kommunal organisierte Zwangsarbeit gesteckt.

Die „Experten“ haben sich sogar eine ökonomische „Begründung“ für diesen Vorschlag ausgedacht. Diese lautet: Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erhöhen die Lohnkosten und führen so zu mehr Arbeitslosigkeit. Statt gegen Arbeitslosigkeit zu versichern, führen sie Arbeitslosigkeit herbei.

Das ist ungefähr so „logisch“ wie die Theorie, dass eine Feuerversicherung zu Brandstiftungen führt oder eine Krankenversicherung zu Erkrankungen.

Was die Gutachter vorschlagen, könnte schon bald im politischen Tagesgeschäft auftauchen. Denn so weit weg von Koch, Merz, Westerwelle, Herzog und anderen „Experten“ sind die Gutachter lei-

der nicht. Schon jetzt verbreitete die FDP durch ihren Bundestagsabgeordneten Niebel, die Bundesanstalt für Arbeit sei „nicht reformierbar“ und müsse aufgelöst werden. Auch die Unionsparteien nutzen die neueste PR-Pleite des schon nach kurzer Amtszeit berückichtigten Leiters der Bundesanstalt, des Herrn Gerster, weidlich für eine weitere Demontage der Anstalt.

Wer bei Auftritten von Repräsentanten der Bundesanstalt für Arbeit genau hinhörte, konnte schon vor einiger Zeit leise Hinweise hören, dass im Hintergrund der Reformdebatte um die Anstalt noch ganz andere Pläne als „nur“ die Agenda 2010 gewälzt würden. Auch in Gewerkschaftskreisen werden solche Befürchtungen schon länger geäußert. Mit dem nun vorliegenden Gutachten ist einiges von diesen bösartigen Absichten ans Licht der Öffentlichkeit gelangt. Versuche zur Umsetzung solcher Pläne dürften jetzt nicht mehr lange auf sich warten lassen.

rül  
Nähere Infos auf der Homepage der Bertelsmann-Stiftung: [www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

#### **Außenministertreffen uneins über EU-Verfassung**

## **Fischer droht**

Auf ihrem Treffen in Neapel haben sich die Außenminister der EU einschließlich derjenigen der Beitrittskandidaten v.a. in einem wesentlichen Punkt keine Einigkeit erzielt: wie die „doppelten Mehrheit“ zustande kommt, mit der zukünftig die wohl meisten Fragen entschieden werden. Die Bundesrepublik hat in dem Entwurf durchgesetzt, dass die Mehrheit der Mitgliedstaaten zugleich 60% der EU-Bevölkerung repräsentieren muss. Da bei der Stimmverteilung die Bevölkerungsgröße eines Landes ins Gewicht fällt, würde die BRD dann mit einem Stimmanteil von 18,2% zur stärksten Kraft. Bisher hält sie, ebenso wie Frankreich, Großbritannien und Italien, 29 von 346 Stimmen, das sind „nur“ je 8,4%. Polen und Spanien kommen dieser im Nizza-Vertrag festgehaltenen Regelung zufolge auf 27 Stimmen; sie würden durch die neue Regelung erheblich zurückgestuft.

Der Streit ist außergewöhnlich heftig. In Polen hat sich die Mehrheit der Parteien, die Regierung eingeschlossen, hinter der Parole „Nizza oder Tod!“ vereinigt. Die Bundesregierung hat geradezu angestoßen auf den britischen Vorschlag reagiert, die Entscheidung, die sowieso erst 2009 in Kraft trete, zu vertagen und die Verfassung entsprechend ohne Festlegung über die Gestaltung der „doppelten Mehrheit“ zu verabschieden. Außenminister Fischer droht, die Verfassung darüber scheitern zu lassen. Unterstützung erhält er dabei auch von der CDU. Ihr Europaabgeordneter Brok erklärte auf dem Parteitag, es liege „im Interesse

Deutschlands, wenn im Europäischen Rat kleinere Mitgliedstaaten die großen Länder nicht überstimmen können“. Das ist der Kern des Streits. Und: Unter den „großen Ländern“ hat sich die BR Deutschland mit der Verfassungsregelung erstmals als Macht etabliert, an der bei Abstimmungen kaum noch ein Weg vorbei geht. Sie hat in der Regelung der „doppelten Mehrheit“ die Frage der Führung thematisiert.

Es fragt sich, wie lange sich der Widerstand insbesondere Polens hält und wie ernst die Drohung der Bundesregierung zu nehmen ist. Wo läge der Nachteil für Polen, wenn die Verfassung scheitert, und der Vorteil für die BRD? Denn wäre das Scheitern für die Widersacher nicht mit einem Nachteil verbunden, machte die Erpressung keinen Sinn, und wäre sie für den Erpresser nicht mit einem Vorteil verbunden, würde ihm die Erpressung nur auf die eigenen Füße fallen.

Die linke Kritik an der EU-Verfassung, nicht zuletzt an der Verankerung deutscher „Kerneuropa“-Strategien und der forcierten Militarisierung, sollte nicht übersehen, dass der Entwurf auch Festlegungen enthält, die die Nachbarn vor unerträglichen Zumutungen und Ansprüchen der BRD schützen. Zum einen enthält er, anders als die bisherigen EWG/EG/EU-Verträge, das Recht auf Austritt aus der EU, ein nicht zu unterschätzender Fortschritt gegenüber der bisherigen Rechtslage. Zum anderen sieht Artikel I-5 (1) des Verfassungsentwurfs ausdrücklich die Achtung der nationalen Identität der EU-Mitgliedstaaten, ihrer grundlegenden politischen und verfassungsrechtlichen Struktur und ihrer territorialen Unversehrtheit vor. Das weist die immer wieder offen oder verdeckt vorgetragenen Ansprüche und Anmaßungen von deutscher Seite insbesondere gegenüber Polen und Tschechien in die Schranken. Insofern zügelt derselbe Verfassungsentwurf, der die Machtfaltung der BRD in der EU auf der einen Seite fördert, auf der anderen Seite auch ihre hegemonialen Ansprüche.

Damit spielt die Bundesregierung; ihre Drohung kann deshalb nicht ernst genommen werden. (Schaden-)Freude über ein mögliches Scheitern auf dem Brüsseler Gipfel am übernächsten Wochenende – hier soll die Verfassung verabschiedet werden – ist deshalb unangebracht, so heftig auch die berechtigte Kritik an der Verfassung ausfallen mag.

In einer anderen Frage hat sich die BRD durchgesetzt. Das war, wie wir mehrfach berichteten, zu befürchten. In der Verfassung wird verankert, was schon deutsch-französische Praxis ist: Bestimmte Staaten können im Zuge der „strukturierten Zusammenarbeit“ die Militarisierung der EU vorantreiben. Den Ausschlag gab, dass Großbritannien dem zustimmte, ebenso der Einrichtung eines militärischen Hauptquartiers für EU-Einsätze ohne Nato-Beteiligung in Brüssel.

scc

# Rapide Verschlechterung der Lebensverhältnisse in Stadt und Land

In den letzten Monaten haben die gewerkschaftlichen Kämpfe in der Türkei gegen die Auswirkungen der neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik der AKP-Regierung zugenommen. Die Gewerkschaften müssen oft erst um die Anerkennung als Tarifpartner kämpfen. So entstehen „wilde Streiks“, große Teile oder sogar ganze Belegschaften werden entlassen. Die Belastung des Staatshaushaltes durch den Schuldendienst (41 % des Staatshaushaltes sind 2004 zur Zins tilgung der bisherigen 161 Mrd. Euro Schulden verplant) und die Umsetzung der Auflagen von EU und Internationalen Währungsfonds schlagen schwere Breschen. Die Forderungen des IWF sind lang: Privatisierung, Lohnsenkungen, neues Arbeitsgesetz, Entlassungen im öffentlichen Dienst, Öffnung der Märkte, Preissenkungen der staatlichen Preise für landwirtschaftliche Güter usw.

Im Juli rügte die 6. Inspektion des IWF den schleppenden Abbau der Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Auflage von 2002 lautet: Reduzierung des staatlichen Personals in festgelegten Schritten um 100.000 Personen. Nun läge der Personalabbau um 2.500 Beschäftigten hinter den Regierungszusagen.

Das staatliche Statistikinstitut der Türkei schätzte am 31.7.03 für das zweite Quartal 2003 die Zahl der Erwerbstätigen auf 21,7 Mio. Personen, die der Arbeitslosen auf 2,4 Mio. Die Beschäftigungsquote liegt demnach bei 49,4%, die Arbeitslosenquote bei 10%. Die Erwerbstätigenquote liegt in den Städten bei 37,8%, in ländlichen Gebieten bei 55%. Der Rückgang der Quote zeigt sich sowohl auf dem Land (2,1%) als auch in der Stadt (0,8%). Von den beschäftigten Frauen arbeitet nach wie vor rund die Hälfte als unbezahlte Familieangehörige in der Landwirtschaft. Die Kinderarbeit soll gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 24,7% zurückgegangen sein. Insgesamt sollen 773.000 Kinder im Alter zwischen 12 und 17 Jahren erwerbstätig sein. Im landesweiten Durchschnitt sind 52,6% der Erwerbstätigen nicht sozialversichert. Die Quote beläuft sich in städtischen Gebieten auf 32,8%, auf dem Land auf 74%. Der Dienstleistungssektor ist mit 41 % die wichtigste Erwerbsquelle, gefolgt von der Landwirtschaft (35,6%) und der Industrie (17,5%).

Das Pro-Kopf-Einkommen soll türkeiweit bei etwa 2.500 Euro im Jahr liegen – im Westen erheblich höher als auf dem Land und in den kurdischen Gebieten. Der staatliche Mindestlohn beträgt 200 Euro. Die Gewerkschaften haben jedoch auf dem Land 300 Euro als „Hun-

gergrenze“ für eine vierköpfige Familie errechnet. In den Städten des Westens liegt der Mindestbedarf für einen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes laut der Gewerkschaft Kamu-Sen bei ca. 500 Euro. Der Verein der Arbeiterrentner berichtete im September, dass 9,6 Mio. Beschäftigte in der Türkei ein Gehalt erhalten, das nicht ausreicht, um die Ernährungsausgaben einer vierköpfigen Familie zu bestreiten. Zu diesem Personenkreis gehören die 5,5 Millionen Beschäftigten, die nur den Mindestlohn erhalten. Laut Staatlichem Statistikinstitut sanken die Reallöhne im produzierenden Gewerbe im zweiten Quartal 2003 um 10,7%.

Über 40% der arbeitenden Bevölkerung sind in der Landwirtschaft beschäftigt. An einigen Beispielen aus dem Bericht des Bauernverbandes Panko Birlık vom September 2003 sollen die Auswirkungen der von EU und IWF diktierten Wirtschaftspolitik auf die Landwirtschaft beschrieben werden.

Im Zuckerrübenanbau führt die Subventionierung von Mais zu einem Bau-



ernsterben. Zuckerrüben und Mais sind Grundstoffe für die Zuckerproduktion. Die Türkei importierte im letzten Jahr 73% ihres Maisbedarfes, hauptsächlich aus der USA. Die Zahl Zuckerrübenbauern ist um 125.000 zurückgegangen. In den letzten Jahren war der Anteil von Mais bei der Zuckerherstellung von 2 auf 10% gestiegen. Die Industrie will den Anteil auf 15% steigern. Dadurch sind 50.000 Arbeitsplätze in der Zuckerrübenverarbeitung in Gefahr.

Unter dem Anschluss der Türkei an

das EU-Zollabkommen hat kein Industriezweig so sehr gelitten wie die Textilindustrie. Das führte auch zu einem deutlichen Rückgang der Baumwollproduktion. Von dem Gesamtbedarf von 1,3 Mio. t Baumwolle führte die Türkei im letzten Jahr 500.000 t Baumwolle ein. Vor wenigen Jahren exportierte die Türkei noch Baumwolle.

Die staatlichen Weizenpreise wurden mit umgerechnet 0,22-0,24 US\$ unter dem Erzeugerpreis festgesetzt. 1,5 Mio. t Weizen musste die Türkei im letzten Jahr einführen.

Die Türkei deckt zu 71% den Haselnussmarkt der Welt ab. Für 2003 legte das Landwirtschaftsmuseum den staatlichen Kilopreis gegen den Protest der Bauern auf 1,45\$ fest. Im Vorjahr lag der Preis noch bei 2,17\$.

Der Preis für Sonnenblumenkerne sank von 0,43 \$ im letzten Jahr auf 0,29 \$ 2003. Die Folge ist, dass von den ca. 650.000 t Kernen für die Speiseölproduktion erstmals 200.000 eingeführt wurden.

Ebenso setzte das Ministerium den Preis für Trauben mit 0,15 \$ je Kilo weit unter dem Erzeugerpreis von 0,24 \$ fest.

Die Regierung entschuldigt die immer mehr sinkenden Preise mit der Entwicklung auf dem Weltmarkt. Dabei erfüllt sie doch nur die Auflagen des IWF und der Weltbank, die eine deutliche Herabsetzung der staatlich garantierten Aufkaufpreise sowie die Öffnung der türkischen Märkte für Agrarprodukte anderer Länder verlangen.

Die konkreten Auswirkungen des IWF-Programms sind gut zu beobachten. Im Jahr 2002 sank die für den Export bestimmte landwirtschaftliche Produktion in der GAP-Region um 39% gegenüber dem Vorjahr, die für den Inlandsmarkt bestimmten Produkte um 12 %.

Der Bauernverband fordert die Produzenten auf, sich zu organisieren, Verbände und Kooperativen zu gründen.

Der Widerstand gegen diese Politik führt auch zu einer engeren Zusammenarbeit und Kooperation der verschiedenen Gewerkschaften. Erstmals legten alle im öffentlichen Dienst als Verhandlungspartner anerkannten Gewerkschaften eine gemeinsame Lohnforderung vor, rufen Gewerkschaften gemeinsam zu Streiks und Demonstrationen auf. *rub*

Quellen: Staatliches Statistikinstitut 31.7.03 und 6.10.03, Aksam, 19.9.03, Bianet 25.9.03, Bremer Zeitung 4.9.03, Istanbul Post versch. Ausgaben, Milliyet, 11.7.03, Wirtschaftswoche 22.9.03, Yahoo 20.10.03  
Aus: Kurdistan-Rundbrief 4/03



# Massenbewegung für Demokratisierung und kurdische Rechte

Anlässlich des Gründungstages der PKK vor 25 Jahren demonstrierten in den letzten Tagen Tausende in den kurdischen Gebieten der Türkei und den türkischen Städten mit Parolen wie „Die PKK hat uns geboren, der KADEK sind wir gefolgt, der KGK wird uns zum Sieg verhelfen“.

Seit Anfang Oktober finden Aktionen statt für die Demokratisierung der Türkei und die Anerkennung der kurdischen Rechte, für die freie Verwendung und Lehre der kurdischen Sprache, für den Wiederaufbau und die Rückkehr in die zerstörten Dörfer sowie für die Aufhebung der Isolationshaft von Abdullah Öcalan.

In der Berichterstattung der BRD fanden diese teilweise von mehreren Zehntausend durchgeführten Proteste kaum Widerhall. Stattdessen bewertete beispielsweise die FAZ am 17.11.03 unter dem Titel „Neuer Name, alter Inhalt“ die Auflösung der Kadek (wir berichteten in der letzten Ausgabe) als endgültige Niederlage der früheren PKK, da die Türkei durch ihre Reformgesetze die kurdischen Bewegung ihre Grundlagen genommen und in eine Perspektivlosigkeit



gedrängt habe. Die Kritik an der Menschenrechtslage in der Türkei dient mittlerweile eher zur Verzögerung der Beitrittsverhandlungen zur EU. Ob bewusst oder unbewusst, nicht gewürdigt wird die Entwicklung der kurdischen Bewegung von der PKK zu einer breiten Massenbewegung, die zur Selbstorganisation mit der Bildung von Parteien wie der Dehap, Presse und Satellitenfernsehen, den gesellschaftlichen Organisationen wie Frauen-, Kultur-, Menschenrechtsvereinen, Gewerkschaften, Bauernverbänden bis hin zu Unternehmerverbänden übergegangen ist. Viele von ihnen sind nicht nur kurdische Einrichtungen, sondern türkisch-kurdische Organisationen. Ausdruck finden diese Bestrebungen u.a. auch in den Kommunalverwaltungen und Bürgermeisterämtern, die vor vier Jahren in kurdischen Städten errungen wurden.



## Der Kampf um Rückkehr in die Dörfer

Die soziale Lage in den kurdischen Gebieten ist durch die Vertreibung aus ca. 3.500 Dörfern und Weilern in den letzten zehn Jahren zusätzlich belastet. Viele Familien versuchen in die Dörfer zurück zu kommen, um der Verelendung in den Slums der Großstädte zu entgehen. Meist werden sie aber von den örtlichen Sicherheitsbehörden daran gehindert. Die Regierung vermeldete, dass ca. 90.000 Menschen „wieder angesiedelt“ worden seien. Diese Zahl ist nach Angaben des Vereins zur Unterstützung und Hilfe für Flüchtlinge (Göç-Der) zu hoch gegriffen. Und wenn sie auch stimmen sollte, es wäre zwar ein Anfang, aber angesichts der mehreren Millionen Vertriebenen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Verschiedentlich werden Dörfer und Weiler nach der Rückkehr der Flüchtlinge wieder vom Militär geräumt, so geschehen gerade bei Hakkari. In der Provinz Van müssen Bauern gegen Vorlage

Dies drückt die eigentliche Entwicklung und die Wahrnehmung der kurdischen Frage in der Türkei aus. Es ist der Erfolg der PKK, dass heute Millionen Kurden in der Türkei selbstbewusst die Anerkennung ihrer Identität fordern und um ihre Rechte kämpfen. Auch in den Auseinandersetzungen um die demokratische Entwicklung des Landes, die soziale Lage der Menschen und für das friedliche Zusammenleben der verschiedenen Ethnien in der Türkei sind diese Organisationen zu einem der entscheidenden Motoren geworden.

Der Kadek beschloss vor zwei Wochen seine Selbstauflösung, „um den Weg für eine neue, demokratische Organisationsstruktur freizumachen, die eine breitere Beteiligung erlaubt und eine friedliche Einigung der Kurden mit den herrschenden Nationalstaa-

ten“ anstrebt. Dieses Konzept hatte die PKK in Grundzügen in ihrem zweiten Programm umschrieben und mit einseitigen Waffenstillständen seit 1993 verfolgt. Seit der Gründung der Kadek im Jahr 2000 sei aber durch die Kontinuität der Führungskader der Kadek nur als bloße Fortsetzung der PKK wahrgenommen worden. „Reste des leninistischen Parteimodells sowie traditionelle dogmatische Denkstrukturen“ sowie die daraus resultierenden eingeeigneten und hierarchischen Strukturen hätten „das Einbeziehen neuer sozialer Gruppen und demokratische Elemente“ verhindert. Um diese Einigung aufzubrechen und

eines Grundbuchauszuges Tagesausweise bei der Jandarma beantragen, damit sie auf ihre Grundstücke kommen. Bei Diyarbakir warten ca. 700 Menschen seit vier Monaten in Zelten auf die Genehmigung des Gouverneurs, ihr Dorf Yesilöz wieder besiedeln zu dürfen. 35 Familien, die aus dem Dorf Bogazköylü vertrieben worden waren, harren seit acht Monaten in Zelten aus. Sie haben eine gültige Erlaubnis für die Wiederbesiedlung ihres Dorfes, werden aber von den Sicherheitskräften daran gehindert.

Bauern dürfen nur auf ihre Grundstücke, wenn sie einen Grundbucheintrag vorweisen können.

Der Vorsitzende von Göç-Der Diyarbakir, Serdar Talay, betonte, dass eine Gewährleistung der Rückkehr in die Dörfer auf rechtlicher Grundlage notwendig sei. Weiter müsse das Dorfschützersystem aufgelöst, die Gegend von Minen gesäubert und die willkürlichen Maßnahmen der Sicherheitskräfte beendet werden.

rub

der kurdischen und demokratischen Bewegung in der Türkei neue Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen, löste sich der Kadek auf. Die Gründung des kurdischen Volkskongresses (KGK) mit neuer und breiter Führungsstruktur dokumentiert das Vorhaben.

Der Erfolg dieser Maßnahme wird aber auch abhängen von einer Lösung der Guerillafrage. Viele Gruppen sind seit dem Irakkrieg zurück in die Türkei gegangen, die Mehrheit ist aber noch in den Lagern im Irak und Iran. In der Türkei haben sich seit Wochen die Militäroperationen und Gefechte in den kurdischen Provinzen verstärkt. Gelingen muss die Wiedereingliederung der Guerrillakräfte in das öffentliche Leben, sonst wird es nicht zu einem Ende des Konflikts kommen können. Das Amnestie- und Reuegesetz, das Unterwerfung und Verrat verlangt statt Rückkehr gestattet, sollte von Seiten des türkischen Staates keinen gesellschaftlichen Frieden und Entspannung, sondern Vernichtung schaffen. Das Vorhaben ist gescheitert. Die Form des Angebots auf Rückkehr für die kurdischen Flüchtlinge, die vor Dorfzerstörungen in den Nordirak geflohen waren, dokumentiert aber, dass türkisches Militär und Regierung bisher nicht von dieser Linie abweichen. Zurückkehren sollen nur Flüchtlinge dürfen, die keine Beziehung zur PKK hatten.

Die kurdische Selbstorganisation garantiert heute, dass eine Rückkehr zur Leugnung der kurdischen Realität nicht mehr möglich ist und dass es bei einer Demokratisierung der Türkei im Zuge der Beitrittsverhandlungen zur EU kaum einen Weg an der kurdischen Frage vorbei gibt. Die Kommunalwahlen im März 2004 werden ein Gradmesser der Entwicklung werden.

rub





### Italien: Großer Erfolg für die Anti-Atom-Bewegung

Nach massiven Protesten hat die Regierung Berlusconi ihren Plan aufgegeben, ein Atommüll-Lager in der süditalienischen Provinz Basilicata, nahe dem Ort Scanzano, zu errichten. Bekannt gegeben hatte die Regierung diesen Plan einen Tag nach dem Angriff auf das italienische Armeekontingent im Irak, wohl in der Hoffnung, die Meldung werde im allgemeinen Entsetzen untergehen. Bei Scanzano sollte demzufolge in einem 900 Meter tiefen Salzstock zunächst ein Zwischen- und sodann das Endlager für Atommüll aus ganz Italien entstehen. Per Volks-



entscheid hatte die Bevölkerung 1987 dafür gesorgt, dass vier Atommeiler stillgelegt wurden, doch das Atommüllproblem blieb seither ungelöst. – Die Bevölkerung von Scanzano, ja aus der ganzen Provinz reagierte auf die Ankündigung umgehend mit Protestaktionen, u.a. tagelangen Straßenblockaden, die sämtliche Verkehrswege blockierten, und Hungerstreiks. Sie erhielt überwältigende Unterstützung aus ganz Italien, am vorletzten Wochenende beteiligten sich 100.000 an einer Großdemonstration gegen die Regierungspläne. Jetzt sah sich die Regierung genötigt, den Plan zurückzuziehen. Binnen 18 Monaten will sie einen neuen Ort benennen. (Bilder: indymedia)

### Kalifornien: Anhaltende Streiks im Einzelhandel

Seit Wochen wehren sich die Beschäftigten der Handelsketten Safeway, Krogers, Albertsons in Südkalifornien gegen die Pläne, die betrieblichen Krankenversicherungen zusammenzustreichen. (s.a. PB 22, s. 9) Rund 70.000 Mitglieder der Gewerkschaft UCFW streiken bzw. sind ausgesperrt. Immer wieder fahren Streikende aus dem Süden auch in Großstädte im nördlichen Teil des Bundesstaats, wo die Beschäftigten nicht streiken, um dort mit Streikketten auf ihr Anliegen aufmerksam zu machen. (Bild: 500 Streikende machten sich am 22.11. z.B. nach Oakland auf.) Bisher zahlen die Einzelhandelskonzerne je Beschäftigten 4 Dollar/Stunde in den betriebliche Krankenkassenfonds, jetzt wollen sie Betrag für neu einzustellende Beschäftigte auf 1,35\$ kürzen. Die Gewerkschaft fürchtet, dass das dazu führt, dass bisher Beschäftigte entlassen und billigere Arbeitskräfte eingestellt. Zum anderen verschlechtert und verteuert sich die Gesundheitsversorgung der Beschäftigten. So müssten sie 37 Monate

warten, bis sie einen Anspruch auf Zahlungen aus der Versicherung erhalten. Während sie bisher pro Arztbesuch 10\$ zahlen, würde dieser Betrag auf bis zu 95\$ wöchentlich steigen. (Quelle und Bild: Indymedia San Francisco Bay)

### Friedensprozess in Nordirland zurückgeworfen

Bei den Wahlen zum nordirischen Regionalparlament wurde die extreme protestantische Democratic Unionist Party (DUP) des hartbeinigen Friedensgegners und berüchtigten Pfarrers Ian Paisley mit 30 von 108 Sitzen stärkste Partei. Die gemäßigte protestantische Ulster Unionist Party UUP mit Trimble an der Spitze erhielt 27 statt bisher 28 Abgeordnete. Allerdings sind die Gegner des Friedensabkommens in der Fraktion stärker vertreten als bisher. Im katholische Lager wurde erstmals Sinn Féin mit 24 Stimmen stärkste Partei (plus 6), die Social Democratic and Labour Party verlor 6 Sitze und erhielt nur noch 18. Das Regionalparlament ist jetzt aufgerufen, eine konfessionsübergreifende Regionalregierung zu wählen, hinter der sowohl eine Mehrheit der protestantischen wie auch der katholischen Abgeordneten stehen muss. Seit mehr als einem Jahr ist die nordirische Autonomie außer Kraft gesetzt, Nordirland wird wie früher von London aus verwaltet. Da die DUP jegliche Zusammenarbeit sowohl mit Sinn Féin wie der SDLP ausschließt, wird allgemein befürchtet, dass das Wahlergebnis das Ende des Friedensprozesses einleitet. Denn es bringt zum Ausdruck, dass es im protestantische Bevölkerungsteil – die Protestanten stellen etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung – keine Mehrheit mehr für das sog. „Kar-

freitagsabkommen“ mehr gibt.

### Ungarn: Öffentliche Auseinandersetzung um diskriminierende Gerichtsurteil hält an

Mitte November sprach das Gericht der Stadt Szeged zwei Roma, die 15 Monate unschuldig inhaftiert waren, einen geringeren Schadensersatz zu als üblich mit der rassistischen Begründung, dass die Persönlichkeit der beiden Roma „primitiver als der Durchschnitts der Bevölkerung“ sei. Das Urteil löste landesweit Empörung und Protest aus, u.a. bekräftigte Premierminister Medgyessy, dass das Urteil mit dem rechtsstaatlichen Grundsatz der Gleichheit aller Bürger unvereinbar sind und dass Ausgrenzung, Hetze und Abstempelung des anderen unzulässig seien. Das wiederum veranlasste den Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs Lomnici zu wütenden Polemiken gegen die Kritiker, u.a. den Ombudsmann für Minderheiten. Immerhin musste er jetzt zugestehen, dass in der richterlichen Ausbildung die Wahrung der Grundrechte stärker betont werden müsse. Zeitgleich mit dem erwähnten Gerichtsurteil hatte das Budapester Berufungsgericht ein Urteil gegen das MIÉP-Mitglied und reformierten Pfarrer aufgehoben und den Rechtsextremisten freigesprochen. Dieser war 2001 zu 18 Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden, weil er in einem Zeitungsartikel die ungarischen Juden als „Horde von galizischen Fremden“ bezeichnet hatte. Auch dieses Urteil war heftig kritisiert worden, und auch dieser Kritik hatte sich die Justiz mit Hinweis auf ihre Unabhängigkeit entziehen wollen. (Quelle: Budapester Zeitung)

Zusammenstellung: scc



JENA. Etwa 800 Menschen, zum überwiegenden Teil Flüchtlinge und MigrantInnen, beteiligten sich an der Demo gegen die Bundesinnenministerkonferenz am 20.11.2003 in Jena, zu der die Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen zusammen mit anderen Flüchtlings- und antirassistischen Gruppen aufgerufen hatte. Es gelang einer Delegation der Ashkali, sowie einer Delegation aus Vertretern der Karawane, der TogoerInnen und der Roma, zu einem Mitarbeiter des Thür. Innenministers Trautvetter vorgelassen zu werden und ihre Forderungen nach Abschiebestopp und Anerkennung der Lage in ihren Herkunftsstaaten zu überbringen. [www.basicrights.de/munich](http://www.basicrights.de/munich) pro asyl setzt sich mit den Konferenzbeschlüssen auseinander. Zwar sei der Hamburger Vorstoß für eine schnelle Abschiebung nach Afghanistan erfolglos geblieben, doch meinen Einige, dann 2004 abschieben zu können. „Es handelt sich um Abschiebungspolitik mit Verzögerungsfaktor. Grummelnd wird hingenommen, dass man sich in Sachen Abschiebung in einige Staaten den Realitäten vorläufig beugen muss. Die Verunsicherung der Betroffenen bleibt.“ [www.proasyl.de](http://www.proasyl.de)



Bild: www.umbruch-bildarchiv.de

## Nach den Blockadeaktionen an der US-Airbase will Hessen abkassieren

FRANKFURT A.M. Gegen 1.300 Personen aus der Friedensbewegung hatte die Staatsanwaltschaft Frankfurt nach den Blockaden der US-Airbase Rhein-Main im Irak-Krieg Verfolgungsmaßnahmen eingeleitet. Schließlich wurden an alle Blockierer Bußgeldbescheide über 118,50 Euro versendet. Nachdem alle Betroffenen Einspruch gegen die Bescheide eingelegt hatten, war das Amtsgericht nicht bereit, mit den anstehenden Hauptverhandlungen zu beginnen. Die Kriegsgegner wollten in den Verhandlungen die Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges anprangern. Stattdessen stellte das Amtsgericht alle Verfahren ein, „da eine Ahndung nicht geboten scheint“. Die Erleichterung der Friedensaktivisten war von kurzer Dauer. Fast zeitgleich mit den Benachrichtigungen über die Verfahrenseinstellungen verschickte das Land Hessen Kostenbescheide für Polizeigebühren. Für das Wegtragen einer Person werden 30 Euro berechnet, für den Transport zum Gewahrsam pro Person 31 Euro, für die Gewahrsamsunterbringung (in überbelegten kalten Kachelzellen) 20 Euro pro Person. Zuständig für die Gebühreneintreibung ist das Präsidium für Technik, Logistik und Verwaltung, Wiesbaden. [www.resistthewar.de](http://www.resistthewar.de)

## Mails fordern von Abgeordneten Kürzung des Rüstungshaushalts

BERLIN. Mit einer Email-Aktion an Bundestagsabgeordnete beendet die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) ihre Aktion „Rüstungshaushalt senken!“ in diesem Jahr. In den letzten Wochen wurden bereits 150.000 Protestpostkarten mit der Forderung nach jähr-

licher Kürzung des deutschen Rüstungsetats um mindestens 5 Prozent verschickt und verteilt. Die zusätzliche Emailaktion werde der Forderung noch mehr Nachdruck verschaffen, kündigt Thomas Rödl, Bundessprecher der DFG-VK, an. Bei einem geplanten Rüstungshaushalt für 2004 von rund 24 Milliarden Euro ergäbe eine Kürzung um 5 Prozent immerhin eine Summe von über 1,2 Milliarden Euro. [www.schritte-zur-abruestung.de](http://www.schritte-zur-abruestung.de)

## Tagung: Hochschulen gegen Krieg – Wissenschaft für den Frieden

GÖTTINGEN. Das Hochschulnetzwerk gegen Krieg organisiert am 13./14. Dezember eine Konferenz in Göttingen. Das Netzwerk ist ein Zusammenschluss bildungspolitischer Verbände, die gegen die vorherrschende technokratische Hochschulentwicklung Einspruch erheben. „Wir setzen das Leitbild einer Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung gegen das Postulat nach ökonomischer Verwertbarkeit. Krieg und Frieden berühren unmittelbar die Themenstel-

lungen von Wissenschaft ebenso wie das Zusammenleben und -wirken aller Hochschulangehörigen. Hochschulen sind dabei kein unkritisch funktionierender Dienstleistungsbetrieb, sondern ein öffentlicher Raum der wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Debatte. Ihr Auftrag ist es, zur Zivillisierung von Konflikten und zum Abbau von Feindbildern beizutragen. Dazu gehört auch die Erforschung der Ursachen und Zusammenhänge von Krieg und Gewalt. Krieg ist nie eine Alternative zu politischem Handeln. Die wachsende Militarisierung in der Innen- und Außenpolitik stabilisiert vor allem traditionelle Macht- und Ungleichheitsverhältnisse. Zivilen Problemlösungen wird der Boden entzogen. Indem wir über Friedenspolitik debattieren, sprechen wir damit auch über künftige Aufgaben einer sich politisch verstehenden Wissenschaft.“

[www.hochschulen-gegen-krieg.de](http://www.hochschulen-gegen-krieg.de)

## Kundgebung am Volkstrauertag – Rolltransparent von „Pax an“

KÖLN. Kritik an der offiziellen Kundgebung am Volkstrauertag übten Mitglieder der Gruppe „Pax an“ und andere Antimilitaristen, darunter Mitglieder der VVN/BdA. Erneut war „Pax an“ unter sagt worden, eine Rede zu halten. Die etwa 180 Anwesenden konnten aber während der Ansprache von Bürgermeister Wolf die Kurzfassung dieser abgelehnten Rede auf einem Transparent, das langsam abgerollt wurde, genau studieren: „Sehr geehrte Damen und Herren, wir gedenken der Toten beider Weltkriege. Wie jedes Jahr vergessen wir dabei die Gräueltaten deutscher Soldaten. Wieder werfen wir Opfer und Täter in einen Topf. Wieder werden die Opfer der Bundeswehr in aller Welt verschwiegen. Bald werden wir neue Kriegstote beklagen.“ gba





In den letzten Wochen hat sich die Auseinandersetzung um Studiengebühren zugespitzt. Vor allem in Hessen und Berlin, aber auch in vielen anderen Städten führen die Studierenden große Streik- und andere Protestaktionen durch. Hintergrund ist zum einen, dass in etlichen Bundesländern Studiengebühren für 2004 schon beschlossen oder in Vorbereitung sind. Zwar hat der Bundestag im Februar 2002 mit der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes Studiengebühren ausgeschlossen. Dagegen haben jedoch die CDU/CSU-regierten Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Sachsen und Sachsen-Anhalt eine Normenkontrollklage beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, das Urteil wird für nächstes Jahr erwartet. Auch in der SPD und bei den Grünen mehren sich die Stimmen für die Einführung von Studiengebühren.

Zum anderen ist das „Verbot“ ist so lächerlich, dass die Landesregierungen es zu umgehen wissen, wenn sie denn wollen: In Hessen z.B. setzte die Koch-Regierung

ein Gesetzgebungsverfahren für ein umfassendes Gebührengesetz in Gang, das 2004 in Kraft treten soll und neben 50 Euro „Verwaltungskosten“ pro Semester für die Rückmeldung Zweitstudiengebühren von mindestens 500 Euro/Semester (evtl. bei „teuren“ Fächern bis zu 1.500 Euro) sowie Langzeitstudiengebühren von 500 bis 900 Euro/Semester vorsieht. Zweitstudiengebühren von 511 Euro/Semester sind in Bayern bereits eingeführt, Langzeitstudierende werden derzeit bereits in Baden-Württemberg und bald im Saarland, in Thüringen und Hamburg mit Strafgebühren belegt (in der Regel um die 500 Euro/Semester). Ein sogenanntes Studienkontenmodell wird in Rheinland-Pfalz, NRW und Schleswig-Holstein praktiziert; hier müssen Studierende nach „Verbrauch“ einer bestimmten Zahl von Semesterwochenstunden 650 Euro zahlen.

Ein ähnliches Modell soll nach dem Willen des SPD/PDS-Senats auch in Berlin eingeführt werden – hier hatte man sich in der Koalitionsvereinbarung noch

gegen Studiengebühren ausgesprochen.

Die Studierenden werden unterstützt z.B. vom Deutschen Studentenwerk, das davor warnt, dass schon die Diskussion um Studiengebühren dazu führe, dass „die Motivation bildungsfernerer und einkommensschwächerer Schicht zu einem Studium weiter abnehme“. Schon jetzt würden lediglich 8% der Kinder aus Familien mit geringem Einkommen und Bildungsstand ein Studium aufnehmen, dagegen 72% der Kinder aus Familien mit hohem Einkommen und Bildungsstand. Mehr als 60% der Studierenden müssten während des Semesters jobben, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Die GEW warnt davor, dass Bafög-Empfänger durch Studiengebühren doppelt benachteiligt werden, weil sie, wenn sie im Berufsleben stehen, Gebühren und Bafög zurückzahlen müssten. Das Beispiel Österreich zeige, dass die Einführung von Gebühren kurzfristig zu rapiden Einbrüchen bei der Zahl von Studienbeginnern führt.

**Große Demonstrationen und Aktionen an den Universitäten – Konferenz zur bundesweiten und internationalen Vernetzung**

## Aufruf zu gemeinsamen Aktionen und Demonstrationen im Dezember

Auf Einladung des freien Zusammenschlusses von studentInnenschaften (fzs) fand am 29. November 2003 in Jena ein Treffen von StudentInnen von 43 Hochschulen aus vierzehn Bundesländern statt. Bei dem Treffen wurden gemeinsam organisierte Großdemonstrationen gegen Bildungs- und Sozialabbau für den 13. Dezember in Berlin, Frankfurt und Leipzig beschlossen. Vom 9. bis 11. Dezember sind zusätzlich zahlreiche dezentrale Aktionen geplant. Hintergrund des Treffens waren die Proteste und Streiks an zahlreichen Hochschulen. „Dass Studierende aus beinahe allen Bundesländern anwesend waren, zeigt, wie brisant das Thema ist“, zeigte sich Nele Hirsch vom fzs-Vorstand mit der Resonanz auf die Einladung zufrieden. Studierende sind in fast allen Bundesländern mit massiven Kürzungen im Hochschulbereich konfrontiert. Daneben wird sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene offen über die Einführung von Studiengebühren diskutiert. „Mit den Großdemonstrationen wollen wir gemeinsam deutlich machen, dass es sehr wohl eine Alternative zur aktuellen Politik gibt“, erklärte Klemens Himpele vom Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), der das Treffen moderierte.

In Jena gab es neben den Berichten aus verschiedenen Bundesländern auch einen Bericht einer Vertreterin der französischen Studierendenenschaften. In Frankreich befinden sich derzeit 22 Hochschulen im Streik gegen die Sparpolitik der französischen Regierung. Der 13. Dezember als Termin für die Großdemonstra-



www.fsrphil.de/PROTEST.GIF

### Bildungsfinanzierung als zentrale Aufgabe von Bund und Ländern

Die Bildungsausgaben und speziell auch die Ausgaben für die Hochschulen werden in fast allen Bundesländern massiv gekürzt. Folge ist, dass Seminare und Vorlesungen hoffnungslos überfüllt sind, ganze Fachbereiche und sogar Hochschulen zusammengelegt bzw. aufgelöst werden. Diese Verantwortungslosigkeit auf Länderebene wird auf Bundesebene widerspiegelt: Auch vom Bund kommt kein deutliches Signal für eine höhere Priorisierung der Bildung. Das Bafög stagniert. Die Mittel für Hochschulbau sollen in den nächsten Jahren sinken, trotz dringend erforderlicher Investitionen. All dies wird mit fehlenden Geldern in den Kassen der öffentlichen Hand begründet.

Die leeren Kassen werden als „Sachzwang“ bezeichnet, ohne die Frage nach dem Zustandekommen der Haushaltslöcher zu stellen. Lobbygruppen stellen die Forderung „Steuern runter“, und die vorgezogene Steuerreform wird den Ländern noch weniger Geld in eben jene leeren Kassen bringen. Der „Sachzwang“ verschärft sich. Kein Vorwand ist dabei zu billig, um mittelfristige Hochschulstrukturreformen durchzusetzen, die eine weitere Selektion im Bildungswesen mit sich bringen. Viele Maßnahmen, die unter dem Etikett des Bologna-Prozesses an den Hochschulen durchgesetzt werden, dienen allein Einsparungen und Zugangsverknappungen.

Wir fordern daher ein Umdenken in der Finanzpolitik. Kürzungen und Stagnation im Bildungs- und Sozialbereich

tionen wurde mit Frankreich und anderen europäischen Ländern abgestimmt. „So soll an diesem Tag europaweit ein klares Signal gesendet werden, die Politik der Entlastung der Unternehmen und der Besserverdienenden endlich einzustellen, Bildung eine höhere Priorität einzuräumen und die unteren Einkommenschichten zu unterstützen.“

Auf dem Koordinierungstreffen in Jena wurde ein gemeinsamer Aufruf zu den Großdemonstrationen verabschiedet:

### Aufruf

zu Demonstrationen gegen Bildungs- und Sozialabbau, „Ihr nehmt uns unsere Zukunft!“ 13. Dez. 2003, 14 Uhr: Berlin – Frankfurt/Main – Leipzig



verschärfen die soziale Ungleichheit. Die Ziele einer emanzipatorischen Gesellschaft und der Teilhabe aller an ihr und ihrer Gestaltung können so nicht erreicht werden.

Im Rahmen der Diskussion um die Kompetenzneuordnung zwischen Bund und Ländern fordern wir ein deutliches Signal von Seiten des Bundes, sich im gesamten Bundesgebiet für eine qualitativ hochwertige und gebührenfreie Bildung einzusetzen.

### **Bildung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Wenn wir uns für mehr Ressourcen in Bildung einsetzen, dann handeln wir im gesamtgesellschaftlichen Interesse. Ohne Bildung keine Zukunft. Wir lehnen einen Verteilungskampf zwischen den verschiedenen Institutionen und Ebenen im Bildungsprozess (z.B. Kindergärten versus Hochschulen) ab.

In diesem Zusammenhang fordern wir eine qualitative inhaltsorientierte Studienreform ein. Dazu ist eine gesamtgesellschaftliche Debatte über eine kritische Praxisorientierung des Studiums erforderlich. Wissenschaftliche Qualifikation muss als Instrument gesellschaftlicher Veränderung auch von Seiten der Studierenden wiederentdeckt werden.

Gleichzeitig wenden wir uns gegen die soziale Selektivität des Bildungssystems. Eine qualitativ hochwertige Bildung, die emanzipatorischen Ansprüchen genügt, muss allen Menschen offen stehen. Offene und heimliche Zugangshürden müssen abgebaut, nicht neu errichtet werden.

### **Ablehnung von Studiengebühren, egal in welcher Form**

In zahlreichen Bundesländern sind Studiengebühren in Form von Rückmelde- oder Verwaltungsgebühren, Strafgebüh-

ren für sogenannte LangzeitstudentInnen, Studienkonten etc. bereits eingeführt oder in der Diskussion. In der 6. Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG) wurde ein allgemein gehaltenes und unzureichendes Gebührenverbot im Erststudium festgelegt. Selbst gegen dieses Gesetz klagen nun zahlreiche Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht. Zahlreiche PolitikerInnen auf Bundes- und auf Landesebene haben bereits konkrete Pläne für generelle Studiengebühren geäußert, wenn der Klage stattgegeben wird.

Wir sind der Meinung: Jede Art von Studiengebühren ist aus bildungs-, sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen abzulehnen. Ein bundesweites Verbot von Studiengebühren ist daher unerlässlich. Darüber hinaus fordern wir alle Parteien auf, sich klar für ein gebührenfreies Studium auszusprechen.

### **Nein zum Sozialabbau**

Uns ist klar: Die Argumente der leeren Kassen werden auch gegen andere soziale Gruppen wie beispielsweise RentnerInnen, ArbeiterInnen, MigrantInnen, Behinderte, Arbeitslose, SozialhilfeempfängerInnen und BeamtenInnen angewandt. Wir wehren uns dagegen, diese sozialen Gruppen gegeneinander oder auch gegen die Studierenden auszuspielen. Die Bundesrepublik Deutschland ist als Volkswirtschaft heute so reich wie nie zuvor. Daher muss es darum gehen, die Finanzierung von Bildung und des Sozialstaates über eine Beteiligung der Unternehmen und der Besserverdienenden sicherzustellen. Wir Studierenden solidarisieren uns nachdrücklich mit den vom Sozialabbau der Agenda 2010 und anderen Konzepten betroffenen Personengruppen und Protestierenden.

29.11.2003. [www.studierende-fzs.de](http://www.studierende-fzs.de)



## **Das „soziale Gewissen“ in Hessen – 45.000 Menschen demonstrieren in Wiesbaden**

Das „soziale Gewissen“ in Hessen, – Gewerkschaften, soziale Initiativen, StudentInnen und SchülerInnen – hat am 18. November 2003 in Wiesbaden gegen den „brutalsten möglichen Sparer“ Roland Koch demonstriert. 45.000 Menschen sind dem Aufruf des DGB gefolgt, dem beschäftigungspolitischen Kahlschlag und der Zerschlagung sozialer Infrastruktur eine deutliche Absage zu erteilen. Kochs zynisches Abbruch-Unternehmen „sichere Zukunft“ vernichtet 15.400 Arbeitsplätze. Würde allen Beschäftigten in Hessen eine Arbeitszeit-Verlängerung verordnet, würden 190.000 Menschen arbeitslos. Doch was geschieht über den Dezember hinaus? Diese Frage soll im Mittelpunkt einer Aktionskonferenz am 13. Dezember 2003 im Studierendenhaus Frankfurt/Main stehen. Beteiligte aus Hochschulen, Schulen, Sozialverbänden und Gewerkschaften kommen zusammen, um Pläne und Perspektiven gegen den Sozial- und Bildungskahlschlag zu entwerfen. Die Aktionskonferenz soll die weiteren Proteste basisnah vernetzen! [www.hessen.dgb.de](http://www.hessen.dgb.de)

### **Rund 7.000 Lehrkräfte legen die Arbeit nieder**

Mehr als 20.000 Menschen demonstrierten bereits auf der Vorkundgebung für den Bildungsbereich

Rund 7000 Lehrerinnen und Lehrer, aber auch Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie Erzieherinnen und Erzie-



Bild: 40.000 demonstrierten am 20.11. in Bayern, eine der zahlreichen großen Demonstrationen im November





Fotos: www.hessen.dgb.de

her haben am 18. November, dem „Tag der Verweigerung“, in den hessischen Schulen die Arbeit nieder gelegt. Sie sind damit einem Aufruf der GEW Hessen gefolgt, um mit einem deutlichen Zeichen gegen die Kahlschlagpolitik von Ministerpräsident Koch und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen im Bildungswesen in Wiesbaden zu demonstrieren.

„Die Arbeitsniederlegung und die Teilnahme von 20.000 Menschen an der Kundgebung für den Bildungsbereich auf dem Wiesbadener Luisenplatz zeigt, wie sehr Roland Kochs Politik des Sozial- und Bildungsabbaus auf Widerstand stößt“, erklärte der GEW Landesvorsitzende Jochen Nagel. „Es ist zynisch, wenn CDU Politiker davon sprechen, dass der breite Widerstand die Ausgewogenheit der geplanten Kürzungen und Streichungen belege. Der Widerstand kommt von den vielen Menschen, die nicht bereit sind sich mit dieser sozial völlig unausgewogenen Politik abzufinden.“

Roland Koch hat die sozialen Initiativen und damit die sozial Benachteiligten, die Studierenden und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst als diejenigen auserkoren, bei denen er 1 Mrd. Euro abkassiert und die damit die Suppe einer verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik in Hessen auslöffeln sollen. „Neben den abhängig Beschäftigten werden es besonders Kinder, Jugendliche und junge Erwachsenen sein, die unter Kochs ‚Operation‘ am meisten zu leiden haben“, so Nagel. „Es ist deshalb absurd, von ‚Operation sichere Zukunft‘ zu sprechen.“

In den Schulen kommt zu den seit Jahren steigenden Klassengrößen, die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung auf ein Maß, dass es noch nie gegeben hat, die Abwertung der Profession der Lehrkräfte durch Gehaltskürzungen aber auch Kürzungen bei der Lernmittelfreiheit usw. usw. Durch immer weniger Zeit für die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sowie für die individuelle Förde-

rung wird es auch hier zuerst diejenigen Schülerinnen und Schüler treffen, die auf eine besondere Förderung und Zuwendung angewiesen sind.

Nagel forderte noch einmal mit großem Nachdruck ein Bildungswesen, in dem – durch kleine Gruppengrößen die Voraussetzung für eine bestmögliche Förderung gegeben ist, – durch eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit mit Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (Pflichtstunden, u.a.) genügend Zeit für eine qualitativ hochwertige Vor- und Nachbereitung und individuelle Beratung zur Verfügung steht

– nicht über 1000 Stellen gestrichen werden und Referendarinnen und Referendare nicht für die Erwerbslosigkeit, sondern für die Arbeit mit Schülerinnen und Schülern ausgebildet werden.

„Wir brauchen ein Staatswesen, dass finanziell in der Lage ist, seine sozialen Aufgaben zu erfüllen. Die verfehlte Poli-



tik des schlanken Staates muss ein Ende haben“, so Jochen Nagel.

In seiner kämpferischen Ansprache vor den Demonstranten forderte Nagel deshalb von der hessischen Landesregierung:

- Steuern sozial ausgewogen und in erster Linie dort zu erheben, wo die angesammelten Vermögen nicht der Stärkung des Binnenkonsums dienen (Vermögenssteuer, Steuer auf hohe Erbschaften, Körperschaftssteuer etc.)
- unsinnige, Millionen verschlingende Großprojekte wie SAP sofort zu stoppen und
- durch die Einstellung von Steuerprüferinnen und -prüfern Steuerhinterziehungen ein Riegel vorzuschieben.

Ausdrücklich bedankte sich Jochen Nagel bei den Kolleginnen und Kollegen, die mit ihrer Arbeitsniederlegung ein deutliches Zeichen gegen Kochs Angriffe auf eine qualitative und soziale Weiterentwicklung des Bildungswesens gesetzt haben. Für die Schülerinnen und Schüler sind sie ein Vorbild dafür, dass eine lebendige Demokratie Menschen braucht, die für die soziale Weiterentwicklung unserer Gesellschaft auch bereit sind, etwas zu riskieren. Den sozialen Initiativen und Studierenden drückte er die Solidarität der hessischen GEW aus. Mit Studiengebühren wird Bildung zunehmend zur Ware, die nur noch Vermögenden zur Verfügung steht. Deshalb finden auch die Streiks der Studierenden die volle Unterstützung der GEW Hessen.

Abschließend forderte Nagel die hessische Landesregierung noch einmal auf, die Politik des sozialen Kahlschlags sofort zu stoppen, die geplanten Maßnahmen nicht umzusetzen und statt dessen für ein sozial ausgewogenes Steuersystem initiativ zu werden. Sollte Roland Koch und die CDU Abgeordneten nicht zur Umkehr bereit sein, kündigte er bereits weitere Aktivitäten der GEW und des breiten Bündnisses gegen diese Politik an.

[www.gew-hessen.de](http://www.gew-hessen.de)

## Offene Ganztagsschule:

MÜNCHEN. Neuen Schwung in die Diskussion um Ganztagsschulen bringen will die Grüne Stadtratsfraktion mit einem Antrag für ein „Modellprojekt offene und rhythmisierte Ganztagsschulen“. Dieses Modellprojekt, das auf dem Ganztageskonzept von Rheinland-Pfalz beruht, vernetzt die Schule mit Kinder- und Jugendarbeit, mit Sozial-, Kultur- und Gesundheitseinrichtungen, mit Sportvereinen, aber auch mit Betrieben und dem Handwerk der Region. Ziel ist es, das Angebot an Ganztagsschulen in München zu erweitern. Nach Überzeugung der Grünen bedarf es dazu angesichts der schlechten Finanzlage der Stadt und der geringen Bereitschaft des Freistaats selber Ganztagsschulen einzurichten, neuer Ideen und Kooperationsbereitschaft des Schul- und Sozialreferates. Rheinland-Pfalz will bis 2006 160 Mio. Euro für den Ausbau von 300 Ganztagsschulen aller Schularten bereitstellen, sowie ca. 200 Mio. Euro aus dem Bundesprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ abrufen.

[www.gruene-muenchen-stadtrat.de](http://www.gruene-muenchen-stadtrat.de)

## Stadtwerke bleiben vorerst Eigen-

**betrieb:** NORDERSTEDT. 9.803 Unterschriften waren für die CDU erst einmal zu viel, um wie bisher weiterzumachen. Der Beschluss zur Umwandlung in eine GmbH – die erste Stufe der Privatisierung – soll aufgehoben werden. Vermutlich wollte die CDU nebst FDP damit einer anstehenden Niederlage bei einem BürgerInnenbegehren aus dem Weg gehen und auch ihre Chancen bei der Bürgermeisterwahl im Sommer nicht verschlechtern. Gelernt haben die ChristdemokratInnen daraus nicht, Aussagen von CDU-Hauptling Schlichtkrull deuten jedenfalls darauf hin. Daher sollten die gegen die Privatisierung der Stadtwerke aktiven Menschen auf keinen Fall die Hände in den Schoß legen. So muss zum einen darauf geachtet werden, dass die Umwandlung und Privatisierung der Stadtwerke nicht durch eine Hintertür vorbereitet und durchgezogen werden wird. Die Werksleitung muss endlich einer effektiven und öffentlichen Kontrolle unterzogen werden – sollten Stadtwerke doch dazu da sein, die Grundbedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

[www.nadelstiche-online.de](http://www.nadelstiche-online.de)

## Bankenverband trommelt für Pri-

**vatisierung:** BERLIN. Auf der Herbstpressekonferenz des Bundesverbandes deutscher Banken forderte ihr Präsident Rolf E. Breuer unter Berufung auf eine Studie des IWF den „Rückzug des Staates aus der Kreditwirtschaft“, „materielle Privatisierung“, die Beseitigung des Regionalprinzips und die Möglichkeit von Fusionen und Über-

nahmen zwischen allen Institutsgruppen. Die Unterstützung der Bundesregierung für die Forderungen des IWF müsse sich auf Kommunal- und Länderebene fortsetzen. Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Hans Jörg Duppré, tritt dem entschieden entgegen. Als unangebracht bezeichnet er die Forderung Breuers nach Schaffung von Rahmenbedingungen für Kooperationen und Fusionen zwischen dem öffentlich-rechtlichen, privaten und genossenschaftlichen Sektor. Er weist darauf hin, dass nicht die bewährten Strukturen der öffentlichen Sparkassen die privaten Banken in die jetzige Lage gebracht haben. Hierfür ursächlich seien vielmehr geschäftspolitische Fehlentscheidungen der privaten Banken selbst. Die privaten Banken erkennen, dass der Rückzug aus der Fläche und dem Mittelstandsgeschäft ein strategischer Fehler war. Diesen wollen sie nun durch den Zukauf von Sparkassen korrigieren. „Der öffentliche Auftrag, die kommunale Trägerschaft und das Regionalprinzip sind untrennbar miteinander verbunden“, warnt der Präsident vor einem Herausbrechen einzelner Wesenselemente der Sparkassen.

[www.bdb.de](http://www.bdb.de); [www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de)

## Abschreckung der Roma als Kon-

**zept?** ESSEN. Als inakzeptabel und menschenunwürdig lehnt die PDS die von der Verwaltungsspitze geplante Ausweitung der Belegung des Flüchtlingsheimes Overhammshof ab. Das seit 2001 verfolgte, von der PDS stets unterstützte Konzept, die Sammelunterkünfte für Flüchtlinge leerzuziehen, wird ins Gegenteil verdreht, wenn ausgerechnet die für die Flüchtlinge schlimmste Massen-Unterkunft in Essen ausgebaut werden soll. „Ich befürchte, dass die Verwaltungsspitze dazu übergeht, Flüchtlinge durch miese Unterbringung gezielt abzuschrecken“, so Wolfgang Freye, Vertreter der PDS im Sozialausschuss. „Es sollen nämlich ausgerechnet 200 Roma in dem Container-Lager untergebracht werden. Diese Gruppe von Flüchtlingen hat noch im letzten Jahr monatelang mit Aktionen für ein dauerhaftes Bleiberecht gekämpft. Die Verwaltung hat oft Schwierigkeiten, Abschiebungen durchzusetzen. Dem soll jetzt womöglich anders ‚beigekommen‘ werden.“ In der Nähe des Overhammshofes gibt es keine Läden, keine Ärzte, keine Schulen und endlose Wege zu den Ämtern. Die Metall-Container sind im Sommer heiß, im Winter eiskalt, das Lager ist mit Stacheldraht abgesichert. Angesichts von 10.000 leerstehenden Wohnungen in Essen dürfte es dagegen kein Problem sein, mehr Flüchtlinge schneller in Wohnungen unterzubringen.“

[www.pds-essen-im-rat.de](http://www.pds-essen-im-rat.de)  
Zusammenstellung: ulj

# Europäisches Sozialforum erfolgreich beendet

Die Versammlung der Sozialen Bewegungen Europas, die im Anschluss an das Europäische Sozialforum in Paris getagt hat, hat gemeinsame Aktionen gegen Sozialabbau, Krieg und die Europäische Verfassung beschlossen. So soll es im Frühjahr einen Aktionstag gegen Neoliberalismus und Sozialabbau geben, zu dem soziale Bewegungen und Gewerkschaften gemeinsam aufrufen. Aus Deutschland sicherten Frank Bsirkse (Verdi) und Horst Schmitthenner (IG Metall) in Paris die Unterstützung für einen solchen Aktionstag zu; der genaue Termin wird noch festgelegt. „Dieser europaweite gemeinsame Aufruf ist ein deutliches Zeichen, dass die Bewegung

## Abschlussklärung des 2. Europäischen

Wir kommen aus sozialen und Bürgerrechts-Bewegungen aus allen Teilen Europas, von Ost bis West und von Nord bis Süd. Nach Florenz und Porto Alegre treffen wir uns auf dem Zweiten Europäischen Sozialforum nach einem Jahr der Mobilisierungen gegen das neoliberale Modell in zahlreichen Ländern Europas (gegen die Rentenreform, für die Verteidigung der öffentlichen Dienste, gegen die Landwirtschaftspolitik der jeweiligen Regierungen, für die Rechte der Frauen, gegen die extreme Rechte, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie gegen die Innere Sicherheits-Politik der Regierungen) sowie gegen den Irakkrieg, besonders am 15. Februar 2003. Wir sind unterschiedlich und plural zusammen gesetzt, und das macht unsere Stärke aus.

Zur Zeit wird ein Entwurf für eine Europäische Verfassung außerhalb der Zivilgesellschaft ausgearbeitet. Er erhebt den Wirtschaftsliberalismus als offizielle Doktrin der EU zu „Verfassungsrang“; er schreibt das Konkurrenzprinzip als Grundlage des europäischen Gemeinschaftsrechts und aller menschlichen Aktivitäten fest, und berücksichtigt in keiner Weise die Ziele gemeinsamer Entwicklung (Anm. d. Ü.: mit den Ländern des Südens); er schreibt der NATO eine Rolle in der europäischen Außen- und Verteidigungspolitik zu und befördert eine Militarisierung der Union; schließlich hält er die Sozialpolitik im Status eines fünften Rads am Wagen eines europäischen Aufbaus, der sich auf das Primat des Marktes gründet, und besiegelt de facto die bereits vorgesehene Zerschlagung der öffentlichen Dienste. Dieser Ver-





gegen sozialen Kahlschlag immer breiter wird“, sagte Hugo Braun vom Attac-Koordinierungskreis.

Neben dem Aktionstag gegen Sozialabbau beschloss die Versammlung koordinierte Aktivitäten gegen den Krieg am

20. März 2003, dem Jahrestags des Kriegsbeginns im Irak. Am 9. Mai 2004 soll es zudem eine europaweite Demonstration gegen die Europäische Verfassung in Rom geben, die dort an diesem Tag verabschiedet werden soll. Der Entwurf erhebt nach Ansicht der KritikerInnen den Wirtschaftsliberalismus in Verfassungsrang und schreibt die Militarisierung der europäischen Außenpolitik fest.

Das Europäische Sozialforum war am 15.11.2003 mit einer Demonstration durch Paris zu Ende gegangen. Mehr als 100.000 Menschen forderten „ein Europa der Rechte in einer Welt ohne Krieg“. Aus Deutschland waren rund 3000 TeilnehmerInnen nach Paris gereist, um sich an den 55 Konferenzen, 250 Seminaren und 400 Workshops zu beteiligen. Attac Deutschland nutzte die Gelegenheit zur europaweiten Vernetzung von Aktivitäten, etwa gegen Sozialabbau, Steuerflucht, WTO/GATS und die Schuldenkrise. Hugo Braun: „Es ist ermutigend zu sehen, dass in ganz Europa so viele Menschen daran arbeiten, der neoliberalen Globalisierung etwas entgegenzusetzen.“ [www.attac.de](http://www.attac.de)

## Tarfbewegung Metall:

# Brechstange und Damoklesschwert

Bis zum 26. November stellten alle Tarifkommissionen der IG Metall ihre Lohnforderungen auf und haben sich dabei an die 4% gehalten, die – entsprechend der Vorstandsempfehlung – zunächst in den süddeutschen Tarifgebieten Hessen, Bayern und Baden-Württemberg beschlossen worden waren. Dem Vernehmen nach waren in Norddeutschland zunächst eher niedrigere Forderungen favorisiert worden als im Süden mit den etwas besseren Konjunkturdaten. Aus baden-württembergischen Automobilunternehmen waren dagegen Forderungen über 4% hinaus gekommen. Divergierende Wirtschaftslagen und Erwartungen in einer gemeinsamen Forderung zusammenzubringen, erweist sich auch dieses Jahr als schwierig.

Begründet werden die 4% aus Inflation, Produktivitätssteigerung und einer kleinen Umverteilungskomponente. Klar ist, dass das spätere Ergebnis wieder zweigeteilt sein muss in eine Erhöhung der Lohn- und Gehaltstabellen und in eine Strukturkomponente zur betrieblichen Finanzierung der künftigen Mehrkosten aus dem gemeinsamen Entgelt-rahmentarif ERA. 1,39% stehen hier noch aus, wofür mindestens zwei Erhöhungsstufen, also mindestens zwei Jahre, als notwendig erachtet werden. Das allein wäre schon kompliziert genug.

Es wird aber noch viel schwieriger durch die Gegenposition, mit der der Arbeitgeberverband Gesamtmetall auf die Forderung reagiert hat. Allenfalls 1,4% wollen die Metallarbeitgeber (für Lohn-erhöhung und ERA) hergeben. Vor allem aber wollen sie diese Tarfbewegung zu einem Durchbruch für Öffnungsklauseln in den Tarifverträgen nutzen. Dazu Martin Kannegeßer, der Präsident von Gesamtmetall: „Deshalb werden wir in der bevorstehenden Tarifrunde als Voraussetzung für die Weiterentwicklung von Tarifverträgen fordern, dass die Betriebsparteien auf freiwilliger Basis das Arbeitszeitvolumen – also die individuelle reguläre Wochenarbeitszeit – und die zugeordnete Bezahlung innerhalb einer Bandbreite von 35 bis 40 Wochenstunden vereinbaren können.“ Was soll das für die Bezahlung heißen? „Der Normalfall wäre die proportionale Bezahlung. Als Abweichungen, und abhängig von der übereinstimmenden Beurteilung der Betriebsparteien, könnten nur teilweiser Lohnausgleich, kein Lohnausgleich oder, anstatt Lohnausgleich, ein Prämiensys-

## Sozialforums – Aufruf der Versammlung der sozialen Akteure und Bewegungen

fassungsentwurf entspricht nicht unseren Bestrebungen.

Wir kämpfen für ein anderes Europa. Unsere Mobilisierungen haben die Hoffnung auf ein Europa ohne Arbeitslosigkeit und Prekarität zum Gegenstand, das mit einer Landwirtschaft der Bauern (Anm. d. Ü.: im Gegensatz zu Agrokonzernen) ausgestattet ist, welche dauerhaft und solidarisch wirtschaftet, die Arbeitsplätze und die Umwelt sowie die Nahrungsqualität erhält; auf ein Europa, das zur Welt hin offen ist, das allen die Freizügigkeit erlaubt, das allen hier lebenden Ausländern das Aufenthaltsrecht und Bürgerrechte zuerkennt und das Asylrecht anerkennt; auf ein Europa, das eine tatsächliche Gleichheit zwischen Männern und Frauen verwirklicht, das die kulturelle Vielfalt fördert sowie das Recht der Bevölkerungen auf Selbstbestimmung, das heißt das Recht, auf demokratische Weise über die eigene Zukunft zu entscheiden.

Wir kämpfen für ein Europa, das den Krieg verweigert, die internationale Solidarität sowie eine ökologisch sinnvolle, dauerhafte Entwicklung begünstigt. Wir kämpfen dafür, dass Menschenrechte, dass soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Rechte Vorrang vor Konkurrenzrecht, Profitlogik und Abhängigkeit vermittelt haben sollen.

Aus all diesen Gründen richten wir einen Aufruf an die Bevölkerungen Europas, damit sie sich gegen das neoliberale Modell und den Krieg mobilisieren. Wir kämpfen für den Rückzug der Besatzungstruppen aus dem Irak sowie für die sofortige Rückgabe der Souveränität an

die irakische Bevölkerung. Wir kämpfen für den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie den Baustopp der Mauer und ihre Abtragung. Wir unterstützen die israelischen und palästinensischen Bewegungen, die für einen gerechten und dauerhaften Frieden kämpfen. Deswegen schließen wir uns dem internationalen Aufruf an, der in den Vereinigten Staaten durch die Antikriegsbewegung lanciert wurde, und rufen zum Aktionstag am 20. März 2004 auf.

Um zu einem Europa zu gelangen, das auf der Anerkennung der sozialen, politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und ökologischen Rechte – individueller wie kollektiver Natur, der Männer wie der Frauen – beruht, verpflichten wir uns, überall Initiativen zu ergreifen. Wir müssen schrittweise einen Mobilisierungsprozess aufbauen, der es erlaubt, alle Bevölkerungen Europas einzubeziehen. Wir verpflichten uns, an allen Aktionen teilzuhaben, die durch die sozialen Bewegungen organisiert werden, und insbesondere einen gemeinsamen Aktionstag mit Unterstützung der sozialen Bewegungen und besonders der europäischen Gewerkschaftsbewegung aufzubauen.

Wir rufen alle sozialen Bewegungen dazu auf, diese Mobilisierungsdynamik in einem Aktionstag für ein anderes Europa, für die Rechte der Bürgerinnen und Bürger und der Bevölkerungen gipfeln zu lassen, am 9. Mai (2004), dem Datum, an dem die Ratifizierung der Europäischen Verfassung vorgesehen ist.

(Saint-Denis,) Am 16. November 2003  
[www.attac.de/esf2003](http://www.attac.de/esf2003)

tem vereinbart werden. Die Betriebsparteien hätten somit die Möglichkeit, mit dem Arbeitszeitvolumen auch die Entgelte zwischen dem Index 100 und 112,5 zu beeinflussen. „Damit will Gesamtmetall nebenbei ein anderes Ärgernis gleich mit erschlagen: „Mit einer solchen freiwilligen Option würden wir die bisherige Quotenregelung ablösen, nach der mit bis zu 18% der Belegschaft ein Wochenarbeitszeitvolumen von 40 Stunden vereinbart werden kann. Diese Regelung war vor 20 Jahren nachvollziehbar, ist heute zu starr.“

Hier wird der Zweck der aktuellen Forderungen nach Arbeitszeitverlängerung deutlich. Es geht (jedenfalls den Metallarbeitgebern) nicht um eine generelle Arbeitszeitverlängerung. Warum auch, die effektiven Arbeitszeiten in Deutschland bewegen sich im europäischen Mittelfeld. Schließlich kommen zu den tariflichen Arbeitszeiten viele Überstunden. Der Ansatz von Gesamtmetall zielt darauf, aus heutiger Mehrarbeit zuschlagsfreie Normalarbeitszeit zu machen oder sogar unbezahlte Arbeitszeit.

#### IG Metall Betriebsräte/Vertrauensleute-Konferenz

## Alles deutet auf eine harte Tarifrunde hin

Am 24. November 2003 fand im Münchner Gewerkschaftshaus zum Auftakt der Tarifrunde eine Veranstaltung statt, die recht gut von IG Metall-Betriebsräten und Vertrauensleuten besucht war. Nach einem Grußwort vom Münchner DGB-Vorsitzenden Schmid eröffnete Horst Lischka die Versammlung und Harald Flassbeck sprach inhaltlich zu den wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen, unter denen diese Tarifrunde stattfinden wird. Die IG Metall gehe mit einer Forderung von 4 Prozent, einer Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 35 Euro bei einer Laufzeit von 12 Monaten ins Rennen.

Die bayerischen Unternehmer und ihr Verband haben inzwischen ihre Position in die Öffentlichkeit gebracht und die will eine Erhöhung von 1,4 Prozent nur dann gewähren, wenn eine Kompensation bei der Arbeitszeit – ein Korridor von 35 bis 40 Stunden soll generell genehmigt werden – ohne Lohnausgleich von der Gewerkschaft akzeptiert werde. Alles deutet deshalb wieder auf eine harte Tarifrunde hin. Die politischen Rahmenbedingungen mit den Regierungstaten und Plänen zur Agenda 2010 verschlechtern weiterhin die Position der Gewerkschaften in der bundesdeutschen Gesellschaft und die Kapitalisten versuchen immer wieder mit der Flucht aus dem tarifgebundenen Arbeitgeberverband einen Trumpf auszuspielen gegen den die IG Metall noch nicht so richtig eine Antwort weiß. Mit Aktionstagen am 8./9./10. Dezember wolle die Gewerkschaft aber in der Friedenspflicht zu Demonstrationen in der Stadt aufrufen, um die öffentliche Präsenz zu erreichen und die inhaltliche Auseinandersetzung zu führen. Hierzu solle auch eine „Münchner Erklärung“ dienen, die bei einer Pressekonferenz der Öffentlichkeit übergeben werden soll.

In der anschließenden Diskussion war gerade dieser vorliegende Vorschlag unter der Losung „Tarifautonomie als Ga-

Mit Arbeitszeitkonten wurde die Arbeitszeit schon bisher auf breiter Front flexibilisiert, nach Bedarf verlängert oder verkürzt. Aber Arbeitszeitkonten bedeuten doch immer noch, dass Arbeitszeit registriert und zu einem späteren Zeitpunkt in Freizeit ausgeglichen oder bezahlt wird; als Mehrarbeit häufig eben auch noch mit Zuschlag. Nach Kannegießers Forderung gäbe es bis zu 40 Wochenstunden keine Mehrarbeit mehr oder sogar schon Arbeitsstunden, die ganz aus der Bezahlung herausfallen.

Kannegießer vergisst nicht, auf das Beispiel Opel hinzuweisen, das in der Öffentlichkeit als Arbeitszeitverkürzung mit teilweiser Lohnkürzung diskutiert wird. Weniger bekannt ist, dass 21000 Beschäftigte in Gleitzeit 10 Minuten am Tag oder drei Stunden pro Monat ohne Bezahlung leisten. Und 750 mittlere Führungskräfte kriegen durch Verzicht auf zwei Tage Urlaub mitsamt Urlaubsgeld die Arbeitszeit verlängert.

Gesamtmetall will die tariflichen Öffnungsklauseln diesmal mit der Brechstange durchsetzen. Die Metallarbeitge-



ber nutzen eiskalt den Spielraum, den ihnen der Bundeskanzler in seiner Agenda-Rede verschafft hat. Entweder die Tarifparteien erweitern die tariflichen Öffnungsklauseln für sogenannte betriebliche Bündnisse, hatte er gedroht, oder die Regierung wird gesetzlich nachhelfen. Die Früchte dieser Saat will Gesamtmetall jetzt einfahren, während das Damoklesschwert der Kanzlerdrohung weiter über den Gewerkschaften hängt. Auch nach dem SPD-Parteitag, wo die Delegierten zwar gegen eine Aufhebung der Tarifautonomie eingestellt waren, sich einen verbindlichen Beschluss für die Tarifautonomie von Schröder aber wieder ausreden ließen.

Die Metallarbeitgeber gehen nicht so weit wie die Oppositionsparteien, dass sie den Tarifvorrang aufheben und die Betriebsparteien zu Tarifparteien machen wollen. Sie wissen, dass sie aus Flächen-tarifverträgen mit betrieblicher Friedenspflicht Nutzen ziehen. Aber sie wollen den Tarifvorrang doch soweit aufweichen, dass die konkrete Entscheidung über die Wochenarbeitszeit schließlich betrieblich gefällt werden kann. Kannegießer spricht von „freiwilliger Basis“ und „übereinstimmender Beurteilung der Betriebsparteien“. Aber was bleibt von Freiwilligkeit übrig, wenn sich Unternehmensleitung und Belegschaft/Betriebsrat gegenüberstehen und die Unternehmensleitung mit Verlagerung von Produktion, Streichung von Investitionen, Reduzierung von Beschäftigung droht? Da bleibt kein Raum für freien Willen.

Und die aktuelle Entwicklung zeigt obendrein, dass die Unternehmensleitungen mit ihren mehr oder weniger erpresserischen Forderungen keineswegs mehr bis zu einer akuten Krise warten, um dann „Arbeitsplätze retten“ zu lassen, sondern häufig schon bei ordentlicher wirtschaftlicher Lage „präventiv“ tätig werden: Löhne runter und/oder Arbeitszeiten rauf zwecks vorbeugender Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Es ist fast schon ein gordischer Knoten, den die Gewerkschaft in dieser Situation zerschlagen soll: Einkommen sichern und den ERA unter Dach und Fach bringen und gleichzeitig den Tarifvorrang gegen Arbeitgeber, Oppositionspläne und Kanzlerdrohung verteidigen. *rok*

(dil)



# Erfolg für Hafenarbeiter

Seit über einem Jahr kämpfen die Hafenarbeiter Europas mit Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF) und dem International Dockworkers Council (IDC) gegen die von der Europäischen Kommission geplante Hafenrichtlinie. Diese sollte den Reedereien die Möglichkeit zur Selbstabfertigung ihrer Schiffe durch Seeleute beim Entladen, Schleppen und Festmachen geben und die Lotsenpflicht teilweise aufheben. Gesamthafenbetriebe mit mehr als 2000 Hafenarbeitern, wie beispielsweise in Hamburg, Bremen oder Bremerhaven, wären in ihrer Existenz massiv bedroht worden. Die Arbeitssicherheit und die Verkehrssicherheit in den Häfen wäre durch den Unterbietungswettbewerb und seine Auswirkungen auf die Ausbildung des Abfertigungspersonals und die Standards bei

folgreich bekämpft.“

Durch die mehrheitliche Ablehnung des Entwurfs durch das EU-Parlament ist diese Richtlinie, die nach Aussagen der ITF nur den Interessen der Verloader und der Schifffahrtsgesellschaften dienen würde, jetzt erst mal vom Tisch.

Für Hamburgs CDU-Europaabgeordneten Georg Jarzembowski ist dies eine „politische Niederlage“. Damit werde es im Bereich der Hafendienste bei der bisherigen „Kleinstaaterei“ bleiben. Derzeit erhielten die Häfen in der EU sehr unterschiedliche öffentliche Zuschüsse, was den Wettbewerb verzerre. Dies benachteilige deutsche Häfen beispielsweise gegenüber den Konkurrenten in Belgien. Die Richtlinie sollte Häfen zwingen, direkte und indirekte öffentliche Hilfen offen zu legen. „Den deutschen Seehäfen hätte diese Regelung Vorteile

**ver.di.19./20.11** – Rund 4.000 Hafenarbeiter und Lotsen folgten am 19.11. einem Aufruf von ver.di und beteiligten sich in allen deutschen Häfen von Rostock bis Bremerhaven an Demonstrationen. Ähnliche Aktionen bis hin zu Warnstreiks fanden in ganz Europa statt. Am 20.11. lehnte das Europaparlament das Port Package ab. ver.di begrüßte die gefallene Entscheidung: „Durch die Ablehnung der Hafenrichtlinie kann der soziale Frieden in den europäischen Seehäfen aufrecht erhalten werden“, betonte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Jan Kahmann. „Dieser Erfolg ist vor allem dem Protest und den Warnstreiks von Tau-

senden von Hafenarbeitern und Lotsen zu verdanken“. Über die Bedeutung für die europäischen Häfen hinaus sei dies eine Richtungsentscheidung des Europäischen Parlaments für eine Wettbewerbspolitik, die stärker auf die sozialen Aspekte und Arbeitnehmerinteressen ausgerichtet sei. Auch im Lotsenwesen sollte durch die Freigabe der Lotsenpflicht eine Selbstabfertigung erlaubt werden. Damit hätte die Gefährdung durch Schiffsunfälle zugenommen. Neben den Warnstreiks hatte auch das ver.di-Verbindungsbüro in Brüssel intensive Lobbyarbeit geleistet, um die Europaabgeordneten zum Nein zu bewegen.

Lotsen, Schlepperbesatzungen und Festmachern gefährdet worden. Bereits im Juni 2002 hatte es in ganz Europa Aktionen der Hafenarbeiter dagegen gegeben, auch Hamburger Hafenarbeiter hatten demonstriert.

Jetzt haben nach Angaben des IDC nochmals Hafenarbeiter in Frankreich, Portugal, Griechenland und Zypern die Arbeit niedergelegt, sogar in Kanada kam es zu einem Solidaritätsstreik der Hafenarbeiter von St. John.

Bernd Kamin, Betriebsratsvorsitzender der Gesamthafenarbeiter in Hamburg und Europa-Koordinator der Proteste gegen Port Package, sagt: „Wir wollen keine Billiganbieter im Hafen, die keine Tariflöhne zahlen und Tagelöhner einführen wollen. Diese Richtlinie gefährdete in hohem Maße Arbeitsplätze und den sozialen Frieden in den Seehäfen. Sie hätte eine Zweiklassen-Gesellschaft in den deutschen und europäischen Seehäfen zur Folge gehabt: mit und ohne Tarifvertrag, mit und ohne geregelte Arbeitsbedingungen. Dies ist nicht im Sinne einer Öffnung der europäischen Märkte. Dereregulierung schadet allen. Das haben wir mit unseren Aktionen er-

gebracht“, betonte der Parlamentarier aus Hamburg.

Dagegen begrüßten HHLA, Eurogate und die Bremer BLG Logistik Group die Entscheidung einhellig. „Es herrscht ohnehin scharfer Wettbewerb zwischen HHLA und Eurogate, zwischen Hamburg und Bremerhaven sowie zwischen allen nordeuropäischen Häfen“, sagte HHLA-Sprecher Olaf Mager. Dies zeigten auch die im Vergleich zu Asien und Nordamerika niedrigeren Entgelte. *ulj*



Beschäftigte im Lübecker Hafen beteiligen sich an europaweiten Protestaktionen und Streiks gegen „Port Package“

## Spirituosenindustrie gegen Strafsteuer auf Alkopops.

HB, Dienstag, 25.11.2003. –

Hochprozentige Partygetränke (Alkopops) sind für die Deutsche Hauptstelle für Suchtgefahren (DHS) Ursache für einen massiven Alkoholmissbrauch unter Kindern und Jugendlichen und sie hält eine Strafsteuer auf diese Getränke für gerechtfertigt. Die Spirituosenindustrie zeigt sich überrascht: Unternehmensvertreter, Bund und Länder hätten in einer Arbeitsgruppe ein von allen Beteiligten finanziertes Suchtpräventionsprogramm auf den Weg gebracht, so A. Wiesgen-Pick, Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Spirituosenindustrie (BSI). Auch richte sich die Werbung für diese Mixgetränke nicht an Kinder und Jugendliche.

## Banken starten Mittelstandsaktion.

HB, Fr/Sa, 28./29.11.03. – Die deutschen Privatbanken, Sparkassen und Genossenschaften starten zusammen mit Versicherungen und Bundes-

wirtschaftsministerium die „Initiative Finanzstandort Deutschland“ (IFD). Heute gebe es einen gnadenlosen Preiswettbewerb um die Kunden mit den guten Bonitäten, während Firmen mittlerer oder schlechter Bonität kaum noch Zugang zur klassischen Kreditfinanzierung hätten. Vorgesehen ist u.a., dass die Standardisierung von Kreditprodukten vorangetrieben wird, damit der Kreditvergabeprozess für kleine und mittlere Unternehmen transparenter werde. Außerdem will der IDF neue Möglichkeiten für den Aufbau von Eigenkapital für den Mittelstand schaffen. Geplant ist z.B., dass die in der IDF zusammen geschlossenen Banken und das Land Hessen durch Etablierung eines „Hessen-Fonds“ den Anstoß für die Öffnung des privaten Beteiligungsmarktes für den breiten Mittelstand geben.

## Deutsche Wirtschaft klagt über Produktpiraterie in China.

– „Ein Fenster in der chinesischen Mauer ist offen, nun sollte auch noch das Fliegengitter entfernt werden“, so C. Böllhoff von Prognos AG. Auch zwei Jahre nach dem WTO-Beitritt Chinas ebbt die Kritik deutscher Unternehmen an Wirtschaftspraktiken in China nicht ab. J. Heraeus, Vorsitzender des Asien-Pazifik-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft stellte fest, dass Produktpiraterie ein verbreitetes Übel sei. Es gebe nicht unbedingt einen Mangel an Gesetzen zum Schutz an geistigem Eigentum, jedoch würden die Chefs der chinesischen Provinzen in letzter Konsequenz die Praktiken ihrer Betriebe schützen, wenn es um den Erhalt von Arbeitsplätzen gehe.

Presseauswertung: rst



# Wie kommt der Mensch zur Sprache und zur Mehrsprachigkeit?

Prof. Dr. Ingrid Gogolin

In meinem Beitrag berichte ich über die Forschungspraxis und aus der Zusammenarbeit mit Kindergärten oder Eltern oder Lehrkräften, die uns etwas gelehrt hat: nämlich, dass man lernen kann, die lebendige und reiche Mehrsprachigkeit, die wir heutzutage unter Kindern in Deutschland – vor allem in Großstädten – finden, als wertvoll und bereichernd für den alltäglichen Normalbetrieb eines Kindergartens, einer Schule zu erleben und für das gemeinsame Lernen aller zu nutzen.

Allzu oft erfährt man ja vom gegenteiligen Standpunkt: Mehrsprachigkeit sei störend, unnormal, ein Hindernis ... Dieser Standpunkt – und seine Umsetzung in praktische Politik, in praktisches Unterrichten – gehört zu den Ursachen dafür, dass auch nach mehr als 40 Jahren der Zuwanderung nach Deutschland keine Rede von Chancengleichheit für die Kinder sein kann, die nicht mit Deutsch allein aufwachsen und leben. Die PISA-Ergebnisse haben uns hierzu wieder einiges gelehrt.

Es interessiert unsere Arbeitsgruppe seit vielen Jahren, wie der Mensch zur Sprache kommt und wie er glücklich zweisprachig werden kann. Über den wissenschaftlichen Kenntnisstand zu dieser Frage möchte ich Ihnen etwas be-

Den folgenden Beitrag entnehmen wir der Broschüre:

*„Die Welt trifft sich im Kindergarten... und spricht viele Sprachen“.*

Dokumentation der gleichnamigen

Fachtagung zu Bilingualität und

Mehrsprachigkeit vom 20.1.2003.

München, Mai 2003.

Die Broschüre enthält neben dem von uns dokumentierten Referat noch eine ganze Reihe von Berichten und praxisnahen Auswertungen.

Die Publikation kann bestellt werden:

Landeshauptstadt München

Stelle für interkulturelle Zusammenarbeit  
Franziskanerstraße 6-8

81669 München

yasemin.uzunok@muenchen.de

Frau Prof. Dr. Ingrid Gogolin leitet die Arbeitsstelle Interkulturelle Bildung am Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

richten. Wir sind davon überzeugt, dass besseres Wissen über dieses Problem dabei hilft, mit der Mehrsprachigkeit besser umgehen zu können, die durch zugewanderte Kinder in deutschen vorschulischen Einrichtungen und Schulen lebendig vorhanden ist. Wir treten dafür ein, dass Wege gefunden werden, diese Mehrsprachigkeit in persönliches und

gesellschaftliches Kapital zu verwandeln.

Ich habe meinen Beitrag zweigeteilt:

Zunächst stelle ich Ihnen vor, wie individuelle Prozesse des Spracherwerbs unter den Umständen eines Lebens im Einwanderungsland verlaufen. Sodann werde ich einige Hinweise darauf geben, welche Konsequenzen sich aus den Erkenntnissen über Spracherwerb für die Förderung im vorschulischen Bereich, für Schule und den Unterricht mit mehrsprachigen Kindern ergeben: Was müsste berücksichtigt werden, damit es besser gelingt, dass die Schule die mehrsprachigen Kinder in ihrer Sprachentwicklung fördert, statt ihnen zu schaden? Dass sie dazu beiträgt, den gesellschaftlichen Reichtum zu mehren statt zu verschleudern, der sich durch die lebendige Mehrsprachigkeit in Deutschland ergibt?

Der größte Teil der zugewanderten Familien in Deutschland pflegt, wie wir aus der Forschung wissen, die mitgebrachte Sprache ihrer Herkunft. Wir wissen auch, dass dies meist zusätzlich zum Deutschen oder neben dem Deutschen geschieht. Die Familien mühen sich nach Kräften, für ihre Kinder das „sprachlich Beste“ zu tun. Aber sie erleben nicht selten, dass ihrer Sprachpraxis mit Misstrauen und Abwehr begegnet wird – etwa beim Gebrauch ihrer Familiensprache in der Öffentlichkeit. Auch von pädagogischen Fachkräften, also Lehrerinnen und Leh-

IN UND BEI  
DER PDS

Der Entwurf des Europa-wahlprogrammwerfes ist im Pressedienst Nr. 47 erschienen oder kann auch im Internet untergeladen werden:

[www.pds-online.de/wahlen/dokumente/ewp2004\\_entwurf/index.htm](http://www.pds-online.de/wahlen/dokumente/ewp2004_entwurf/index.htm).

## PDS engagiert sich für Gründung einer europäischen Linkspartei

Der Parteivorstand positionierte sich auf seiner Beratung am 8. November auch zur Schaffung einer europäischen Linkspartei. In einem entsprechenden Beschluss begrüßte er ausdrücklich die in den nächsten Monaten zu erwartende Gründung und stellte u.a. fest:

Die PDS begrüßt, unterstützt und engagiert sich für die Gründung einer gemeinsamen linken/sozialistischen Partei in Europa. Die von der Französischen KP, der Koalition der Linken, der Bewegungen und der Ökologie (SYNASPIS-MOS – Griechenland), der Partei der kommunistischen Wiedergründung (PRC – Italien), der Partei der Italienischen Kommunisten (PdCI – Italien),

Der Linken (Luxemburg), der KP Österreichs, der Portugiesischen KP, der Vereinigten Linken (IU – Spanien), der Partei des Werktätigen Volkes (AKEL – Zypern) und der PDS getragenen Vorbereitungen sind weit gediehen. Mit der Erarbeitung eines Programmwerfes und eines Statutes haben sie einen Stand erreicht, der zu der Annahme berechtigt, dass eine Gründung noch vor den Europawahlen möglich ist.

Der Handlungsrahmen einer gemeinsamen Partei der europäischen Linken ist das Gebiet der Europäischen Union. Mit Parteien und Bewegungen in anderen europäischen Ländern ist eine Zusammenarbeit anzustreben.

## Teil der sozialen Bewegungen

Die Partei der europäischen Linken

- will Teil und Partner der kapitalismuskritischen Friedens- und sozialen Bewegungen in Europa und in der Welt sein, ist dem Frieden und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet und sagt Nein zu Gewalt, Kriegen und Aufrüstung. Europa darf nicht als Aufmarschbasis und Waffenschmiede für

Kriege zur Verfügung stehen;

- vertritt die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung, der Überwindung von Armut und Arbeitslosigkeit, will die sozialen Sicherungssysteme zukunftsfähig gestalten, Lohn- und Sozialdumping verhindern, die Gleichstellung der Geschlechter erreichen und Gewerkschaften stärken;
- widersetzt sich Bestrebungen, Europa als Festung gegen die Welt abzuschnitten, das Asylrecht auszuhöhlen, unseren Kontinent zu einem Militär- und Wirtschaftsblock mit imperialen Machtansprüchen zu machen;
- tritt entschieden für die Prinzipien von Demokratie und Gleichberechtigung in ihren eigenen Reihen, in der europäischen Gesellschaft und den EU-Institutionen ein; sie verteidigt die Menschenrechte in Europa und in der Welt.

## Gemeinsam Alternativen finden

Eine solche Linkspartei versteht sich vor allem auch als eine politische Kraft, in der Linksparteien, die für neue, enger

ern, Erzieherinnen und Erziehern, wird ihnen bedauerlicherweise häufig vermittelt, dass Zwei- oder Mehrsprachigkeit eine Lebensbedingung sei, die für eine „normale“ Sprachentwicklung eher erschwerend, wenn nicht gar schädlich sei.

Diese Vorstellung, Zwei- oder Mehrsprachigkeit sei von Nachteil – sowohl für den einzelnen Menschen als auch für eine Gesellschaft – ist ein seit etwa 200 Jahren verbreiteter Mythos. Ursächlich für das Entstehen dieses Mythos waren keineswegs Erkenntnisse über Spracherwerb oder sprachliche Praxis. Vielmehr entstand er in Begleitung und zum Zwecke der Legitimierung einer neu aufkeimenden politischen Leitidee: der Idee vom Nationalstaat. Der Nationalstaat als einsprachiges Konstrukt wurde seit Beginn des 19. Jahrhunderts als die beste mögliche politische Ordnungsform gesehen und der einsprachige Mensch als der beste mögliche Bürger dieses Staates.

Tatsächlich aber vollziehen sich Sprachentwicklung und Sprachpraxis der Menschen keineswegs so, wie sie sich nach dem Konstrukt des einsprachigen Nationalstaats zu vollziehen hätten. Im wirklichen Leben gibt es praktisch keinen einsprachigen Nationalstaat, und auch einen einsprachigen Menschen wird man – zumindest in entwickelten Gesellschaften – kaum finden.

Lösen wir uns also vom Mythos und schauen wir auf Erkenntnisse.

Spracherwerb – darüber besteht wissenschaftlich Einigkeit – vollzieht sich als Prozess der Wechselwirkung zwischen angeborenen Voraussetzungen und sozialen Einflüssen. Jedes Kind bringt bei seiner Geburt das gesamte Rüstzeug mit,

das es zum Spracherwerb benötigt, sieht man von den Ausnahmefällen spezieller Erkrankungen einmal ab. Damit sich ein Kind aber Sprache aneignen kann, benötigt es einen intensiven Kontakt mit den Menschen und Dingen in seiner Umwelt. Ohne dialogische Beziehungen und Handlungsbeziehungen kommt ein Kind nicht zur Sprache.

Zunächst gewinnt das Kind seine Sprache primär von den Personen seiner engsten Umgebung, also zumeist: von den Mitgliedern der Familie. Mit zunehmender körperlicher und geistiger Entwicklung macht sich das Kind die außerfamiliale Lebenswelt und die weitere Objektwelt für seine Sprachaneignung zu Nutze.

Das Geschehen – Sprachaneignung, zunehmende physische und intellektuelle Mobilität und weiterer Ausbau sprachlicher Möglichkeiten – ist als ein komplexes Wechselverhältnis aufzufassen: Mit dem Gewinn an Unabhängigkeit vom engsten familialen Kontext geht die Aneignung immer weiter entfalteter sprachlicher Mittel einher, und mit der Komplexität des zur Verfügung stehenden Sprachvermögens wächst die Unabhängigkeit des Kindes – also auch seine Möglichkeit, sich einen immer größeren Ausschnitt seiner Umwelt für die Sprachaneignung zu erschließen.

Im Verlauf der ersten Sprachaneignung lassen sich die Zeichen für das Funktionieren dieses Wechselverhältnisses gut beobachten. In seiner allerersten Lebenspraxis ist das Kind auf den direkten Zusammenhang von sprachlichen Mitteln, die es erfährt (und etwas später benutzt), und ihren Bedeutungen angewiesen; es verbindet mit Gesagtem Ein-

deutigkeit und Unmittelbarkeit. In dem Maße aber, in dem das Kind Varianten an Bedeutungen erfährt – beispielsweise, indem Äußerungen derselben Worte in unterschiedlichem Tonfall erlebt werden –, gewinnt es an Fähigkeit zur Distanz vom unmittelbaren eindeutigen Kontext einer Äußerung. Es erfährt und benötigt zunehmend (nicht nur in syntaktischer Hinsicht) komplexere Äußerungsformen, die ihm helfen, Situationen, Gefühle, Handlungen zu bewerten und zu deuten. Mit dem Zugewinn an sprachlichen Erfahrungen und Mitteln entwickelt das Kind allmählich auch das System an sozialen Regeln und Vorverständnissen, das ihm die Möglichkeit zunehmender Teilhabe an den Konventionen der Kultur- und Sprachgemeinschaft verschafft, in die es hineingeboren wurde.

Beim einsprachig aufwachsenden Kind geschieht dieser Prozess der Aneignung einer Sprache in einer im weiteren Sinne sprachhomogenen Situation. Zwar ist es höchst wahrscheinlich, dass in der Umgebung des Kindes anders gesprochen wird (und teilweise andere Konventionen gelten) als in der engsten Familie: Das Kind wird sicherlich verschiedene persönliche, je nach Lebensort auch dialektale oder soziale Varianten der Familiensprache erleben: Sprachvarianten, die sich mehr oder weniger stark voneinander unterscheiden. Auch wird es erfahren, dass der in der eigenen Familie gepflegte Lebensstil nicht allgemein gültig ist, sondern in der umgebenden Kulturgemeinschaft eine Bandbreite von Stilen und Lebenslagen vorfindlich ist. Dennoch ist davon auszugehen, dass das sprachliche Repertoire in diesem weiteren Sinne, dessen Einfluss das Kind ge-

koordinierte Formen des Zusammenwirkens eintreten, gemeinsam strategische Antworten auf die politischen und theoretischen Herausforderungen einer alternativen gesellschaftlichen Entwicklung auf allen Ebenen des aktiven politischen Eingreifens erarbeiten. Wir verstehen uns als eine politische Partei auf europäischer Ebene, die in diesem Sinne alle Menschen auf unserem Kontinent direkt ermutigen will, sich hier und heute, gleichberechtigt und selbstbewusst in die Ausgestaltung ihrer Lebensverhältnisse, in die Realisierung ihrer Lebenssträume und damit in die gerechte Ausgestaltung der Gesellschaft einzubringen. Wir wollen ihnen dabei Partner und zugleich politischer Akteur für gesellschaftliche Veränderung sein.

Die europäische Linke konkurriert mit den konservativen und liberalen Parteien auf unserem Kontinent. Wir sind Gegner der rechten und rechtspopulistischen Formationen, die Rassismus, Nationalismus und Geschichtsrevision verbreiten. Wir appellieren an sozialistische, sozialdemokratische und grüne Kräfte, sich ihrer Wurzeln zu er-

innern und mit der neoliberalen Politik und Kultur zu brechen. Wir suchen Zusammenarbeit mit demokratischen Partnern in Bewegungen, Gewerkschaften, in Kunst und Kultur, mit parteilosen Sozialistinnen und Sozialisten und solchen in anderen Parteien. Wir appellieren auch an Parteien und Gruppen der radikalen Linken, solche Formen des gesellschaftlichen Wirkens zu suchen, die eine Verbereiterung des Zusammenwirkens gesellschaftsverändernder linker und demokratischer Kräfte ermöglichen, statt deren Verengung oder gar Vereinzelung zuzulassen. Von Europa sollen Frieden, Menschenwürde und soziale Gerechtigkeit ausgehen. Dafür lohnt es sich, gemeinsam zu handeln.

#### **Ein lebendiges Projekt**

Wir laden linke und sozialistische Parteien in Ost-, West-, Süd- und Nordeuropa, die ähnliche Ziele verfolgen, ein, an dem Aufbau und der Ausgestaltung der gemeinsamen Partei zu jedem Zeitpunkt mit allen Rechten teilzunehmen. Wir rufen die Mitglieder der PDS dazu auf, die

Gründung einer solchen Partei zu unterstützen. Auch und gerade in den Grenzregionen wollen wir dazu beitragen, lebendige Beispiele europäischer Zusammenarbeit von unten zu schaffen. Lebendiger Austausch, Offenheit und Lernbereitschaft, nicht enge Parteibürokratie soll unser gemeinsames Projekt bestimmen.

Über den Rahmen der gemeinsamen Partei hinaus wollen wir mit vielfältigen linken, sozialistischen, kommunistischen und rot-grünen Parteien und Bewegungen nicht nur gemeinsam in den Europawahlkampf eingreifen und zu einer starken Fraktion der Linken im Europaparlament beitragen, sondern generell auf den Alltag der Europäischen Union, ihrer Mitgliedstaaten und des heutigen und künftigen ganzen europäischen Kontinents prägenden Einfluss nehmen.

Eine solidarische Welt ohne Ausbeutung und Kriege, in Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit – dies bleibt das Ziel sozialistischer Politik.

*Zusammenstellung: jöd*

nießt, einen sehr großen Bestand an Grundgemeinsamkeiten aufweist. Aus diesem Grunde kann sich das einsprachig aufwachsende Kind vergleichsweise mühelos aus seiner gesamten sprachlichen Umwelt für die eigene Sprachaneignung bedienen.

Kinder aus Einwandererfamilien erleben ihren Primärspracherwerb nicht in einer prinzipiell homogenen sprachlichen Umgebung (jedenfalls nicht die Kinder, die im Einwanderungsland geboren werden und aufwachsen; das sind seit den 1980er-Jahren die weitaus meisten aus dieser Gruppe).

In der familiären Kommunikation von Kindern aus zugewanderten Familien wird in sehr vielen Bereichen eine Variante der Sprache der Herkunft gepflegt. Verschiedene Untersuchungen und Erfahrungen belegen, dass die mitgebrachten Sprachen von Einwandererfamilien auch dann, wenn sie nicht mehr durchweg für die familiäre Sprachpraxis dominant sind, von großer Bedeutung für die Zugewanderten sind. Sie bestimmen viele Bereiche der Kommunikation; zu diesen gehören nicht zuletzt solche, die für den kindlichen Sprachaneignungsprozess besonders wichtig sind. So fungiert beispielsweise für eingewanderte Eltern oft die Sprache ihrer Herkunft als die Sprache der Gefühle; als Sprache also, in der sie ihren Kindern liebevoll und zärtlich begegnen, in der sie trösten, Lieder singen und Geschichten erzählen – und nicht zu vergessen: als Sprache des Schimpfens, des Disziplinierens und „Erziehens“.

Daher trifft es zwar zu, dass die umgebende Mehrheitssprache (also bei uns: das Deutsche) auch in der familialen Kommunikation von Einwandererfamilien an Raum gewinnt. Aber dies ist keineswegs mit Bedeutungsverlust für die Sprache der Herkunft gleichzusetzen. Die Sprachen der Migrantinnen und Migranten verhalten sich nicht wie die Flüssigkeiten in kommunizierenden Röhren, wo die Ausdehnung der einen das Verdrängen der anderen bedeutet. Vielmehr ist sprachliches Repertoire zwar nicht unendlich, aber doch großzügig erweiterbar und enorm flexibel; wahrscheinlich reicht das Gehirn des Menschen dazu aus, unendlich viele Sprachen zu lernen. Festzuhalten ist jedenfalls, dass ihre mitgebrachten Sprachen für zugewanderte Familien oft auch dann von tiefer Bedeutung sind, wenn sie in manchen Bereichen der Kommunikation vielleicht gar nicht mehr zum Zuge kommen. Aus dieser Konstellation rührt es, dass die Kinder aus diesen Familien in ihrem allerersten Spracherwerb von der Sprache der Herkunft beträchtlich beeinflusst sind, auch wenn hier nichts Verallgemeinerbares darüber gesagt werden kann, für genau welche sprachlichen Bereiche dies gilt.

Mit ihrer zunehmenden Beweglichkeit und Unabhängigkeit erleben die Kinder die dominierende Sprache der weiteren Umgebung, also das Deutsche, als zu-

sätzliche bedeutende Einflussgröße. Diese Sprache unterscheidet sich nicht, wie dies bei regionalen oder sozialen Varietäten einer Sprache der Fall ist, nur graduell von der weiteren in der Familie gepflegten Sprache, sondern sie besitzt einen deutlich anderen linguistischen Bestand und Traditionenbestand. Dem Einfluss dieser weiteren Sprache kann ein Kind in Deutschland nicht entgehen – auch dann nicht, wenn sie von der Familie selbst nicht oder kaum gepflegt wird. Das Deutsche dringt durch Massenmedien in die familiäre Kommunikation ein; das Deutsche umgibt das Kind, sobald die eigene Wohnung verlassen wird ... und so weiter und so weiter. Jenseits der in einer Familie konkret ausgeübten Sprachpraxis ist deshalb davon zu sprechen, dass Kinder aus Einwandererfamilien sich in ihrem Primärspracherwerb spezielle Formen von Bilingualität, von Zweisprachigkeit, aneignen.

Zweisprachig aufwachsende Kinder können sich nun nicht, wie einsprachige, ihre gesamte sprachliche Umwelt mehr oder weniger umstandslos für die eigene Sprachaneignung zu Nutze machen, son-

***Die Kognitionsforschung gibt uns kräftige Hinweise darauf, dass zweisprachiges Aufwachsen eigentlich eine außerordentlich günstige Voraussetzung für die Entwicklung der gesamten sprachlichen und geistigen Leistungen eines Kindes darstellt.***

dern sie müssen sich in der Sprachaneignung in ihrer weiteren und außerfamiliären Umwelt beträchtlichen Anstrengungen unterziehen. Viele Beobachter, Lehrkräfte zumal, schließen aus diesem Umstand einer nicht homogenen, daher nicht mühelosen Sprachaneignungssituation, dass die Sprachentwicklung zweisprachig aufwachsender Kinder gefährdet sein müsse. Sie untermauern dies oft durch Beispiele aus dem eigenen Erleben – etwa, dass zweisprachige Kinder eigenwillige grammatische Strukturen produzieren, dass sie abweichende Wortformen gebrauchen, dass sie eine von der des einsprachigen Kindes deutlich unterscheidbare Aussprache aufweisen oder gar die Sprachen mischen.

Tatsächlich aber lässt sich aus solchen Zeichen nicht auf eine gefährdete oder gar gestörte Sprachentwicklung schließen. Die merklichen Unterschiede zum Sprachverhalten einsprachiger Kinder weisen nicht auf Behinderung oder Gefahr für die Sprachaneignung; sie zeigen

vielmehr lediglich an, dass dieser Prozess bei Zweisprachigen gründlich anders vonstatten geht als bei Einsprachigen – und dass daher ein anders geartetes Produkt des Spracherwerbs zu Stande kommt. Hierfür maßgeblich ist, dass alles Lernen von weiteren Sprachen von einem durch Erfahrung ausgearbeiteten Nervensystem veranstaltet wird (List 1995: 35). Jeder Spracherwerb, der sich nach der Phase des allerersten vollzieht, beruht auf der Erfahrung der vorherigen Sprachaneignung und ist durch sie bestimmt. Diese Beeinflussung betrifft jeden sprachlichen Bereich: Nicht nur die neue linguistische Information durchläuft gleichsam den Filter des mit den ersten Spracherfahrungen angesammelten Bestands an Sprachmitteln, sondern auch die Wahrnehmungs- und Artikulationsmöglichkeiten von Lauten und Sprachmelodien sind durch die zuerst erlebten vorgeprägt. Ein kleines Kind kann in seinen ersten Lebenswochen den gesamten auf der Welt vorfindlichen Lautbestand artikulieren und hörend differenzieren; diese Fähigkeit aber geht etwa im Laufe des ersten Lebensjahres verloren, da sich der Lautbildungs- und -wahrnehmungsapparat auf denjenigen konkreten Bestand an Lauten und Melodien einrichtet, der praktisch ausgeübt wird. Auch der Vorgang der Aneignung von konventionellen Bedeutungen und der Teilhabe am Alltagswissen ist in dieser Weise entscheidend beeinflusst von den allerersten Spracherfahrungen.

Der Primärspracherwerb bilingual aufwachsender Menschen unterscheidet sich also in sehr wesentlichen Aspekten vom Spracherwerb einsprachig aufwachsender. Das aber deutet keineswegs darauf, dass die Sprachentwicklung Zweisprachiger gefährdet sei; vielmehr ist schlicht damit zu rechnen, dass der Sprachbesitz Einsprachiger und der Sprachbesitz Zweisprachiger nach der Phase des Primärspracherwerbs mehr oder weniger gravierende Unterschiede aufweisen.

Wie nun sieht der Sprachbesitz Bilingualer in der Einwanderungsgesellschaft bei Schuleintritt wahrscheinlich aus?

Die sprachliche Lebenswelt von Einwandererkindern ist von einem hohen Maß an Heterogenität gekennzeichnet. Die sprachlichen Umstände, unter denen die Kinder aufwachsen, sind durch die schlichte Formel, dass sie mit zwei Sprachen leben, nicht differenziert genug gekennzeichnet. Vielmehr weisen diese beiden Sprachen noch in sich beträchtliche Besonderheiten auf, die für die Sprachaneignung von Bedeutung sind.

Eine primäre Quelle des ersten Spracherwerbs eines Kindes ist, wie schon dargelegt, die mitgebrachte Sprache seiner Familie. Diese aber weist in zugewanderten Familien höchstwahrscheinlich Merkmale auf, die sie von der Sprache, die in der Herkunftsregion gesprochen wird, deutlich unterscheidbar macht. Die Sprachen der Einwanderer





verändern sich in der Emigration; das Türkisch der Türken in Deutschland ist nicht identisch mit Türkisch in der Türkei und beide unterscheiden sich vom Türkisch der Türkisch Sprechenden in England, Frankreich oder jeder anderen Sprachregion. Das rührt daher, dass Sprachen lebendig sind: Sie werden von den Menschen, die sie benutzen, an die Verhältnisse angepasst, für deren Beschreibung, Beschreibung sie dienen.

In den Sprachen der Migrantinnen und Migranten macht sich vor allem der massive Einfluss der sie umgebenden Mehrheitssprachen bemerkbar. Zu allererst geschehen Anpassungen des Wortbestands, man denke etwa an Inkorporierungen von deutschen Vokabeln oder Redewendungen in die hiesigen Einwanderersprachen. Linguistischen Untersuchungen zufolge geht dieser Einfluss jedoch viel weiter. Er reicht in die syntaktische Struktur der Migrantsprachen hinein und betrifft auch den Bestand an konventionellen Bedeutungen. Zusätzliche Unterschiede zu den Varietäten, die in der Region der Herkunft gesprochen werden, ergeben sich daher, dass ja auch dort eine Weiterentwicklung stattfindet; von dieser sind die Gewanderten – mindestens partiell – abgekoppelt (vgl. z.B. zur Entwicklung eines „Germano-Türkisch“ in Nordwesteuropa: Boeschoten 2000).

Die Veränderungen der Migrantsprachen gehen gewiss – jedenfalls auf kürzere Sicht – nicht so weit, dass sich eine grundlegende Inkompatibilität ergäbe zwischen den Varietäten, die sich unter den Einflüssen verschiedener Majoritätssprachen entwickeln, oder mit den Varietäten, die sich in der Region der Herkunft entwickeln. Verständigung ist also weiterhin möglich, wenn sie auch gewisse Erschwernisse mit sich bringt und die Anforderung eröffnet, Verständigungsprobleme zu klären. Festzuhalten ist jedenfalls, dass eine wesentliche Quelle,

aus der das Kind einer Zuwandererfamilie seinen ersten Sprachbesitz schöpft, eine „Emigrantensprache“ ist; eine Variation also, die deutliche Unterschiede zu jenen Sprachvarianten aufweist, wie sie in der Herkunftsregion gesprochen werden.

Es ist zwar durchaus wahrscheinlich, dass das Kind auch mit der Herkunftssprache in jenen Formen, wie sie sich im Herkunftsland entwickeln, in Kontakt kommt. Die Möglichkeit hierfür schaffen beispielsweise Besuche; noch einflussreicher kann die Existenz einer herkunftssprachlichen Öffentlichkeit in der Einwanderungsgesellschaft sein, die beispielsweise durch die beinahe jederzeit und allerorten zugänglichen herkunftssprachlichen Medien existiert. Jedoch wird dieser Einfluss eher sekundär sein und sich etwa in der Weise bemerkbar machen, in der monolingual aufwachsende Kinder die Varietäten ihrer Erstsprache erfahren.

Der familiensprachliche Besitz eines zugewanderten Kindes in Deutschland, der sich im Primärspracherwerb einstellt, wird mehr oder weniger deutliche Unterschiede zum Sprachbesitz eines Kindes aufweisen, welches mit der Sprache desselben Namens in der Region der Herkunft aufwächst. Aus diesem Grunde ist es unseriös, die sprachlichen Mittel und Fähigkeiten, die bilingual in der Emigration aufwachsende Kinder in der mitgebrachten Sprache entwickeln, mit demselben Maßstab zu messen, der an monolingual in der Herkunftsregion aufgewachsene Kinder angelegt wird.

Unterschiede zum einsprachig aufwachsenden Kind entstehen auch in Bezug auf die zweite Sprache, das Deutsche. Die Aneignung von Mitteln aus der zweiten Sprache durchläuft, wie gesagt, den Filter an Erfahrungen, die mit dem Erwerb migrantensprachlicher Mittel angelegt wurden. Am einfachsten bemerkbar ist dies meist daran, dass im Sprechen

der Zweitsprache phonetische Eigenarten auftreten können: ein besonderer Akzent bei der Aussprache von Einzellauten oder -wörtern oder eine für die Ohren des Einsprachigen eigenartige Sprachmelodie. Aber die Beeinflussung der als zweite erworbenen durch die zuerst angeeignete Sprache reicht tiefer; sie betrifft jeden sprachlichen Bereich, also auch Bedeutungsbestände, syntaktische Muster oder den Bestand an mimisch-gestischen Konventionen, die redegleitend eingesetzt werden.

Auch wenn an der Oberfläche die Unterschiede zuweilen sehr gering sind, gilt daher für den Bestand an zweitsprachlichen Redemitteln, der im Primärspracherwerb eines zugewanderten Kindes zu Stande kommt, das Gleiche wie für die Herkunftssprache: Es ist unangemessen, bei der Beurteilung der zweitsprachlichen Fähigkeiten dieser Kinder einen Maßstab anzulegen, der an einsprachig in dieser Sprache Aufgewachsenen entwickelt wurde.

Aus spracherwerbstheoretischer Perspektive ist es also unabweisbar, dass das bilinguale Aufwachsen in der Emigration zu einem Sprachbesitz führt, der sich sowohl von dem nichtgewanderten Kinder in der Herkunftsregion als auch von dem einsprachig im Einwanderungsland aufwachsender Kinder unterscheidet. Die Beobachtungen von „abweichendem“ sprachlichen Verhalten bilingualer Kinder sind also zutreffend. Unzutreffend aber ist die Folgerung, dass dies auf eine gefährdete Sprachentwicklung schließen lasse. Im Gegenteil: Die äußerlich bemerkbaren Anzeichen dafür, dass die Sprachen, aus denen sich das Kind seinen Sprachbesitz aneignet, miteinander in Kontakt stehen, besagen nichts anderes, als dass hier eine den Umständen entsprechende, normale Sprachentwicklung geschieht, deren vorläufiges Ergebnis eine „Muttersprache: Zweisprachigkeit“ ist.

Von Gefährdung einer Sprachentwicklung beim zweisprachig aufwachsenden Menschen kann also nicht die Rede sein. Im Gegenteil: Die Kognitionsforschung gibt uns kräftige Hinweise darauf, dass zweisprachiges Aufwachsen eigentlich eine außerordentlich günstige Voraussetzung für die Entwicklung der gesamten sprachlichen und geistigen Leistungen eines Kindes darstellt. Dies erklärt sich eben aus der Tatsache, dass den Kindern ihre sprachliche Umwelt nicht umstandslos für die Aneignung sprachlicher Mittel zur Verfügung steht. Sie sind damit permanent vor besondere Aufgaben gestellt, die einsprachige Kinder nicht bewältigen müssen. Andeutungsweise: Damit sich bilinguale Kinder in ihrer sprachlichen Umwelt orientieren können, müssen sie lernen, zu unterscheiden, dass sie es mit mehreren Sprachen zu tun haben. Und weil die Kinder im Kontakt mit Personen sind, die nicht – wie sie selbst – zweisprachig sind, müssen sie differenzieren lernen, wann,

unter welchen Umständen und mit wem sie auf welche ihrer Sprachen zugreifen können. Um je nach Erfordernis zwischen den Sprachen wechseln zu können, müssen sich die Kinder „Kriterien“ aneignen, die es ihnen erlauben, die sprachlichen Mittel, die sie besitzen, ihrer einen oder der anderen Sprache zuzuordnen. Sie sind zudem stärker als monolinguale Kinder gefordert, Strategien zu entwickeln, die ihnen helfen, sich über Verstehens- oder Ausdrucksnot hinwegzusetzen.

Für die Erfüllung solcher Aufgaben sind „meta-sprachliche Fähigkeiten“ vonnöten: Kompetenzen also, die nicht unmittelbar dem Bestand einer konkreten Sprache zuzuordnen, sondern sprachübergreifender Art sind. Diese Fähigkeiten „leiten unser Denken und Planen an, machen Vergangenheit präsent und verhelfen uns dazu, zielgerecht die Zukunft in der Fantasie vorwegzunehmen“ (List 2001: 11).

Zweisprachige Kinder machen viel früher Erfahrungen mit Aufgaben, die zu metasprachlichen Fähigkeiten führen. Bei einsprachigen beginnt dies eigentlich erst in dem Moment, in dem sie in institutionell gesteuerte Sprachausbauprozesse geraten – spätestens also mit dem Eintritt in die Schule und der Anforderung des Lesen- und Schreibenlernens, die dazu zwingt, vom konkreten sprachlichen Mittel zu abstrahieren und metasprachliche Leistungen zu erbringen. Die einschlägige Forschung kam aus diesem Grund zu dem Ergebnis, dass sich „meta-sprachliche Fähigkeiten“ bei zweisprachig Aufwachsenden früher und ausgeprägter entwickeln als bei einsprachigen Kindern. Die frühe Entfaltung dieser Fähigkeiten gilt allgemein als besonders positive, förderliche Voraussetzung für jeden weiteren Spracherwerb.

Der Sprachbesitz eines Kindes aus einer zugewanderten Familie, der am Ende des Primärspracherwerbsprozesses, also beim Eintritt in den Kindergarten oder die Schule, zu erwarten ist, lässt sich als eine Komposition aus migrantensprachlichen Mitteln, aus Mitteln aus der umgebenden Mehrheitssprache sowie einem Bestand an metasprachlichen Fähigkeiten beschreiben, die sich als positives Resultat einer „schwierigeren“ Spracherwerbssituation ergeben. Das Werden eines bilingualen Primärspracherwerbs darf man sich nicht vorstellen als eine Art „doppelter Einsprachigkeit“. Es ist vielmehr ein Gesamtsystem von Möglichkeiten, die der Verständigung mit anderen dienen, was die Fähigkeiten zu Selbst-Verständigung, Handlungsplanung, Verstehen und Gebrauchen kultureller Konventionen einschließt. Die – aus linguistischer Sicht – verschiedenen Sprachen zuzuordnenden Mittel stehen dabei miteinander in Kontakt, so dass Vorgänge von Sprachverknüpfung und -vermischung ganz normal sind. Aus spracherwerbstheoretischer Sicht besitzt bilinguals Aufwachsen in der Migration mit-

hin zwar besondere Merkmale und Ergebnisse, gibt aber als solches keinen Anlass zu Befürchtungen.

### **Die Aufgabe des Kindergartens und der Schule**

Es ist Sache der Institutionen – Kindergarten und Schule –, aus diesem Spracherwerbsergebnis das Beste zu machen. Ich plädiere also keineswegs für ein „Laissez-faire“ – also dafür, dass man es in der deutschen Schule fröhlich und wohlmeinend bei dem belässt, was die Kinder aus Familie und außerschulischer Sprachpraxis mitbringen. Im Gegenteil:

Kindergarten und Schule sind Institutionen, die einen Sprachbildungsauftrag besitzen. Es ist also an ihnen, aufzugreifen und weiterzuentwickeln, was Kinder ohne sie, vor ihrem Eingreifen erworben haben. Es ist Sache der vorschulischen Einrichtungen, die Kinder so geschickt und angemessen wie möglich in ihrer Sprachentwicklung in beiden Sprachen zu fördern, bevor es in der Schule hauptsächlich auf das Lernen im Deutschen ankommt.

Unabweisbar ist, dass eine glückliche weitere Sprachentwicklung durch den Kindergarten und die Schule nur dann zu Stande kommen kann, wenn ernst genommen, wertgeschätzt und an dem angeknüpft wird, was an Sprachbesitz im primären Spracherwerbsprozess erworben wurde. Mein Metier ist die Schule; daher gehe ich auf diese besonders ein: Ein besonders hohes Maß an Verantwortung für sprachliche Bildung trägt die Grundschule.

In ihren Aufgabenbereich fällt die Einführung der Kinder in Literalität, Numeralität und die generellen Erwartungen an den „Beruf des Schülers“. Es ist vor allem an ihr, Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichsten sprachlichen und kulturellen Primärerfahrungen an das Deutsche in der spezifischen Variante heranzuführen, die die Sprache der Schule ist.

Im Ergebnis eines primären Sprachaneignungsprozesses unter Mehrsprachigkeitsbedingungen stehen, wie ausgeführt, Varianten von Zwei- oder Mehrsprachigkeit, die unter allen Umständen die Wahrnehmungs- und Verarbeitungsweisen des im Deutschen dargebotenen Lehrstoffs beeinflussen. Der bei solchem Primärspracherwerb zu Stande kommende Sprachbesitz ist jedoch als ein Gesamtprodukt aufzufassen, das nur dann adäquat weiterentwickelt werden kann, wenn es in allen seinen Teilen schulisch gefördert wird.

Daraus folgt:

Jeder Unterricht – „nicht nur der explizite Unterricht des Deutschen“ – muss eine Sprachlehr- und Sprachbildungsfunktion erfüllen und dabei berücksichtigen, dass mehrsprachiges Aufwachsen die weitere Sprachverarbeitung insgesamt beeinflusst.

Kinder, die in zwei Sprachen leben, müssen in jeder dieser Sprachen alpha-

betisiert werden.

Damit die vorschulischen Einrichtungen und die Schule diesen Bildungsauftrag erfüllen können, müssen sie sich zunächst darüber vergewissern, was ein Kind an sprachlichen Voraussetzungen mitbringt. In heterogenen Sprachsituationen ist die Ermittlung der sprachlichen Vorkenntnisse besonders wichtig, denn die Institutionen können ja nicht – wie beim herkömmlichen Fremdsprachenunterricht – den „sprachlichen Input“ kontrollieren, dem ein Kind ausgesetzt ist. Sprachdiagnostische Verfahren, die der gegebenen Situation gerecht werden sollen, müssen sich auf jeden Fall auf die Zweisprachigkeit der Kinder auszugewanderten Familien richten: sie müssen also beide Sprachen einbeziehen und die Stärken und Schwächen in beiden ermitteln, um Anhaltspunkte für die Förderung zu ergeben.

In Deutschland ist die Entwicklung von sprachdiagnostischen Verfahren, die sich für den Einsatz bei zweisprachigen Kindern eignen, gerade in den Anfängen und nicht allem, was in dieser Hinsicht angeboten wird, sollte vertraut werden. Misstrauen ist insbesondere gegenüber solchen Verfahren angebracht, die suggerieren, dass ein aussagekräftiges, für Förderentscheidungen nützliches Urteil in knapper Zeit und mit einfach handhabbaren Instrumenten erlangt werden könnte.

Im Heft „Treffpunkt deutsche Sprache“ des Deutschen Jugendinstituts (Bezug: Deutsches Jugendinstitut e.V., Neckherstraße 2, 81541 München), das 2001 erschienen ist, haben Hans Reich und Inci Dirim die besonderen Anforderungen erläutert, die sich mit der Sprachdiagnostik bei zweisprachigen Kindern verbinden; die beiden Beiträge seien zur Lektüre empfehlen. Deutlich wird dabei, dass es im Zusammenhang mit Förderentscheidungen für diese Kinder ratsam ist, ein möglichst breites und differenziertes Bild vom Sprachstand zu gewinnen und die Diagnostik in angemessenen Abständen zu wiederholen, um Entwicklungen feststellen zu können. Ferner muss es mithilfe der Instrumente möglich sein, Aussagen zu beiden vom Kind mitgebrachten Sprachen zu treffen und diese in ein Verhältnis zueinander zu setzen.

Besonders bedeutend ist, dass Förderentscheidungen sinnvoll nicht an Fehlern und Defiziten ansetzen sollten, sondern sich an dem orientieren, was ein Kind bereits kann und wo es seine Stärken hat. Verfahren also, die nur die Frage danach stellen, was falsch gemacht wird, können nur für Selektionszwecke dienen; für die Förderung sind sie nutzlos.

Ein weiteres Qualitätskriterium für Verfahren, die im vorschulischen und im Schuleingangsbereich eingesetzt werden, ist es, dass die Normen, anhand derer eine Sprachleistung beurteilt werden soll, aus dem Normengerüst der gesprochenen Sprache hergeleitet werden. Diese unterscheiden sich sehr weitgehend



von den Normen der geschriebenen Sprache; was im schriftsprachlichen Deutsch „korrekt“ ist, hat für das gesprochene Deutsch meist keine Gültigkeit. Die sprachlichen Standards der Schriftsprache können Kinder erst im Verlaufe der Schule – mit zunehmender Einführung in die Welt der Schrift – entwickeln. Es wird also im Verlaufe einer Schülerkarriere bedeutsam, dass mit geeigneten Verfahren auch die sprachlichen Fähigkeiten beobachtet werden, die sie im Schriftlichen entwickeln. Des ungeachtet bleibt die Aufgabe erhalten, zwischen Verfahren zu unterscheiden, die mündliche Fähigkeiten messen, und solchen, die schriftsprachliches Können ermitteln.

Die meisten derzeit in der Diskussion befindlichen Verfahren für die Sprachdiagnose im vorschulischen und Schuleingangsbereich erfüllen diese Qualitätskriterien nicht; ein Beispiel dafür ist das in Berlin verwendete Instrument „Bärenstark“ (siehe die Kritik an diesem Instrument unter [www.erzwiss.uni-hamburg.de](http://www.erzwiss.uni-hamburg.de), Arbeitsstelle Interkulturelle Bildung). Aber es gibt allererste Ansätze zu weiterführenden Entwicklungen. Hier sei auf das Beispiel einer Erhebung zum Sprachstand türkischer Schülerinnen und Schüler in Hamburg verwiesen, die unter Federführung von Prof. Dr. Hans Reich, Universität Koblenz-Landau, durchgeführt wird. In diese Untersuchung werden ca. 140 türkisch-deutsche Schulanfänger einbezogen, die an sieben Hamburger Grundschulen unterrichtet werden (vgl. Reich 2001). Ihnen werden in beiden Sprachen mithilfe von Bildverlagen (Situationsbilder; Bildfolgen) Äußerungen entlockt, die unterschiedliche sprachliche Bereiche ansprechen. Dies geschieht durch ihre Lehrerinnen, die für die Gespräche mit den Kindern eigens geschult werden. Die Gespräche werden per Tonband aufgezeichnet und im Nachhinein mit einem Analyseschema untersucht, in dem folgende Gesichtspunkte berücksichtigt werden:

- Gesprächsführung durch das Kind,
- Bewältigung der sprachlichen Aufgaben und Überwindung von Ausdrucksnot,
- verbaler Wortschatz,
- Komplexität der Verbgruppe (im Deutschen) bzw. Tempusformen des Verbs (im Türkischen),
- Komplexität der verwendeten Satzformen,
- Sprachmelodie und Aussprache von Einzelwörtern.

Die Entwicklung dieses Analyseschemas beruht auf einem Verfahren, das Ende der 1980er-Jahre zum Zwecke der Schulung der Sprachwahrnehmungsfähigkeit von Lehrerinnen und Lehrern entwickelt wurde (vgl. Gogolin/Reich 1989).

Die Auswertung der Sprachdaten geschieht vergleichend in beiden Sprachen. Auf diese Weise gewinnen die Lehrerinnen Informationen darüber, ob eine gleichmäßige Sprachentwicklung vorliegt oder Dominanz in einer der beiden

Sprachen. Ferner ergeben sich Hinweise auf das Niveau, das in beiden Sprachen erreicht wurde. Ergänzt werden diese Aussagen durch Details zum „strategischen“ Sprachverhalten der Kinder, also zu ihren kommunikativen Strategien, zu ihren Stärken und Vorlieben in dieser Hinsicht. Daran kann in der Förderung angeknüpft werden: Strategien, die stark ausgeprägt sind – beispielsweise eine Neigung zum Nachsprechen, zur Orientierung am sprachlichen Vorbild, ein Interesse an Umschreibung, eine Tendenz zur Genauigkeit, die durch Selbstkorrekturen bemerkbar wird – können beim Üben und Fördern besonders berücksichtigt werden.

Augenblicklich ist eine Weiterentwicklung dieses Verfahrens in Arbeit, damit es auch für den Einsatz im vorschulischen Raum – durch Erzieherinnen und Erzieher – geeignet ist. Ferner sind Entwicklungen im Gange, die die Zweisprachigkeit in weiteren Sprachpaaren als Deutsch und Türkisch einbeziehen; derzeit wird gearbeitet an Deutsch und Italienisch, Spanisch und Portugiesisch. Informationen darüber gibt es noch nicht als Texte, aber sie sind z.B. erhältlich über Prof. Dr. Hans H. Reich, Universität Koblenz-Landau, oder Prof. Dr. Hans-Joachim Roth, Universität Hamburg.

Es wäre zu wünschen, dass solche Entwicklungen in Ruhe weiterbetrieben und verbreitet werden können, damit Kinder, die in Deutschland mit zwei Sprachen groß werden, die Chance haben, ihren sprachlichen Reichtum zu entfalten und im deutschen Bildungssystem erfolgreich zu sein.

#### Zitierte und andere beigezogene Literatur

- AUER, PETER und DIRIM, INCI (2000), Das versteckte Prestige des Türkischen. In: Gogolin, Ingrid, Nauck, Bernhard (Hrsg.): Migration, gesellschaftliche Differenzierung und Bildung. Opladen: Leske + Budrich, S. 97-112
- BAUSCH, KARL-RICHARD, CHRIST, HERBERT, KRUMM, HANS-JÜRGEN (Hrsg.) (2001), Handbuch Fremdsprachenunterricht. Neu erarbeitete Ausgabe. Tübingen: Francke-Verlag
- BLYTH, CARL (1995), Redefining the Boundaries of Language Use. The Foreign Language Classroom as a Multilingual Speech Community. In: Kramsch, Claire (Hrsg.): Redefining the Boundaries of Language Study. Boston, Mass.: Heinle & Heinle Publishers
- BOESCHOTEN, HENDRIK (2000), Convergence and divergence in migrant Turkish. In: Mattheier, Klaus (Hrsg.): Dialect and Migration in a Changing Europe. Frankfurt: Lang Verlag, S. 145-154
- BOURDIEU, PIERRE (1990), Was heißt sprechen? Die Ökonomie des sprachlichen Tausches. Wien: Braumüller
- CHRIST, HERBERT (1998), Bildungspolitik für Mehrsprachigkeit. In: Gogolin, Ingrid, Graap, Sabine, List Günther: Über Mehrsprachigkeit. Tübingen: Stauffenburg, S. 337-360
- DIRIM, INCI (1998), +Var mi lan Marmelade? – Türkisch deutscher Sprachkontakt in einer Grundschule. Münster/New York: Waxmann-Verlag
- DIRIM, INCI (2001), Erfassung der „besonderen sprachlichen Fähigkeiten“ bilingualer Kinder. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.) Treffpunkt deutsche Sprache. Sprachförderung von

mehrsprachigen Kindern in Tageseinrichtungen. Projekt „Kulturenvielfalt aus der Perspektive von Kindern“, Projektheft 5. München: DJI-Verlag. S. 83-89

- GOGOLIN, INGRID (1988), Erziehungsziel Zweisprachigkeit. Konturen eines sprachpädagogischen Konzepts für die multikulturelle Schule. Hamburg: Bergmann + Helbig-Verlag
- GOGOLIN, INGRID (1992), Interkulturelles sprachliches Lernen. Überlegungen zu einer Neuorientierung der allgemeinen sprachlichen Bildung. In: Deutsch lernen, Heft 2/1992, S. 183-197
- GOGOLIN, INGRID (1994), Der monolinguale Habitus der multilingualen Schule. Münster/New York: Waxmann-Verlag
- GOGOLIN, INGRID (2000), Mehrsprachigkeit. Studienbrief. Hagen: Fern-Universität
- GOGOLIN, INGRID und NEUMANN, URSULA (1998) Sprachentwicklung in einer zweisprachigen Lebenssituation bei monolingualer Grundorientierung der Gesellschaft. In: Arbeitskreis Neue Erziehung (Hrsg.): Erziehung, Sprache, Migration. Gutachten zur Situation türkischer Familien. Berlin: Schriftenreihe „Analysen“ des Arbeitskreises Neue Erziehung. Bd. 1; ISBN 3-9806224-0-X, S. 96, B 143
- GOGOLIN, INGRID und REICH, HANS H. (1989) Differenzierte Erfassung des Sprachstandes in Deutsch als Zweitsprache als Aufgabe der Lehrerfortbildung – Wahrnehmung gesprochener Sprache. Band 24 der Reihe Lehrerfortbildung in Nordrhein-Westfalen: Unterricht für ausländische Schüler. Soest: Seester Verlagskontor
- HU, ADELHEID (1999), Interkulturelles Lernen. Eine Auseinandersetzung mit der Kritik an einem umstrittenen Konzept. In: Zeitschrift für Fremdsprachenforschung [ZFF], 10(2), S. 277-303
- LIST, GUDULA (1995), Psycholinguistik und Sprachpsychologie. In: Bausch, K.R., Christ, H., Krumm, H.-J. (Hrsg.): Handbuch Fremdsprachenunterricht. Tübingen/Basel: UTB, S. 31-37
- LIST, GUDULA (1995), Zwei Sprachen und ein Gehirn. Befunde aus der Neuropsychologie und Überlegungen zum Zweitspracherwerb. In: Fremdsprache Deutsch, Sondernummer. 5. 27-35
- LIST, GUDULA (1997), Beweggründe zur Mehrsprachigkeit. Der psychische Prozeß ist das Produkt! In: Wend, M. und Zydati, W. (Hrsg.): Fremdsprachliches Handeln im Spannungsfeld von Prozeß und Inhalt. Bochum Brockmeyer, S. 35-48
- LIST, GUDULA (2001), Das Gehirn hat Platz für viele Sprachen. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Treffpunkt deutsche Sprache. Sprachförderung von mehrsprachigen Kindern in Tageseinrichtungen. Projekt „Kulturenvielfalt aus der Perspektive von Kindern“, Projektheft 5. München: DJI-Verlag. S. 11-27
- REICH, HANS H. (2001), Verfahren zur Beschreibung der Sprachentwicklung zweisprachiger Kinder. In: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.): Treffpunkt deutsche Sprache. Sprachförderung von mehrsprachigen Kindern in Tageseinrichtungen. Projekt „Kulturenvielfalt aus der Perspektive von Kindern“, Projektheft 5. München: DJI-Verlag. S. 75-82
- REICH, HANS H., ROTH, HANS-JOACHIM u.a. (2002) Zum Stand der nationalen und internationalen Forschung zum Spracherwerb zweisprachig aufwachsender Kinder und Jugendlicher. Hamburg: Behörde für Bildung und Sport
- SIEBERT-OTT, GESA (2000), Zweisprachigkeit und Schulerfolg Die Wirksamkeit von schulischen Modellen zur Förderung von Kindern aus zugewanderten Sprachminderheiten: Ergebnisse der Schulforschung. Bönen: Verlag für Schule und Weiterbildung

## Einladung zur Linken Winterschule 2003/2004 2. bis 4. Januar 2004 in Sondershausen (Thüringen)

Die Linke Schule, seit 1992 von der ArGe *Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung* in und bei der PDS durchgeführt, findet diesen Winter nur mit den Kursen Wirtschaft und Philosophie statt. Der Kurs Geschichte fällt aus. **Beginn der Kurse** ist Freitag Morgen, 9.00 Uhr, so dass sich die Anreise am Donnerstag Abend dringend empfiehlt. **Ende** ist Sonntag Mittag. **Anmeldung** möglichst bald bei: Christiane Schneider, c/o GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. (0 40) 43 18 88 20, Fax (0 40) 43 18 88 21; eMail: gnn-hhsh@hansenet.de – Organisatorisches in der nächsten Ausgabe.

### Kurs Wirtschaft: Weltwirtschaft

In diesem Winter wollen wir uns mit der Organisation der Weltwirtschaft auseinandersetzen. Der Kurs hat diesmal aus Termingründen nur zweieinhalb Tage. Das muss für eine erste Übersicht reichen. Wir haben uns die Sache so vorgestellt:

**Ausgangslage:** Bereits die beginnende sozialistische Bewegung versteht sich internationalistisch. Sie artikuliert mit weltweitem Anspruch die Menschenrechte der arbeitenden Klassen. Im weiteren Gang der Entwicklung konzentriert sich die Arbeiterbewegung in den verschiedenen Ländern auf die Reformierung bzw. den Ausbau des jeweiligen Staates zu einem sozialen oder gegebenenfalls sozialistischem Staat. Es waren nicht zuletzt die ökonomischen Vorteile internationaler Arbeitsteilung, die sowohl der realsozialistischen Staatswirtschaft den Rest gaben, wie sie auch Strategien ins Leere laufen lassen, die sozialen Belange der arbeitenden Klassen durch den jeweiligen Nationalstaat zu gewährleisten.

In unserer Diskussion gehen wir davon aus, dass die Verflechtungen der Volkswirtschaften durch den Gegensatz von Arbeit und Eigentum geprägt sind. Insbesondere die rasche Ausdehnung der weltweiten Wirtschaftsbeziehungen hat die Institutionen und Organisationen, die der Kampf der arbeitenden Klassen hervorbrachte, namentlich die Parteien und Gewerkschaften, gefordert und oft auch überfordert.

Heute mehren sich Anzeichen, dass die Organisationen und die Protestbewegungen, die sich auf Anliegen der arbeitenden Klassen und aller ökonomisch Abhängigen beziehen, internationale Kompetenz nicht nur zurückgewinnen müssen, sondern auch können.

In diesem Kontext wollen wir uns mit dem Ist-Zustand der Weltwirtschaft auseinandersetzen. Das heißt, dass wir uns zunächst zu vergegenwärtigen suchen, warum und wie dieses System funktioniert und auch, wie es begründet wird.

#### Block 1

– Die Weltwirtschaft und die Interessen der Bundesrepublik. Internationale Ströme von Waren und Dienstleistungen und ihre Bedeutung für das Produktions- und Verwertungsgeschehen in der BRD und in der EU.

– Dazu: Aussagen klassischer und neuer Theoretiker des Welt Handels bzw. der Weltwirtschaft. Hierzu sollen Texte von Adam Smith (über Einfuhrbeschränkungen, Zölle und Monopole), Prof. Herbert Giersch (über Wachstum im Raum und Bestimmungsfaktoren des internationalen Handels), der Enquete-kommission des Bundestags zur Globalisierung und evtl. von Prof. Joseph Stiglitz herangezogen werden.

#### Block 2

– Institutionen der Weltwirtschaft. Internationale Abkommen. Einrichtungen der Finanzwirtschaft. Internationaler Kredit. Selbstbild von IWF, Weltbank, WTO. Funktionsweise. Kritiken. Versuch einer ersten kurzen Skizzierung.

#### Block 3

– Ausblick: Welche Perspektive bieten die Organisationen und mächtigen Akteure der Weltwirtschaft an? Was sind die Kritiken? Was aussichtsreiche Gegenstrategien?

Der Kurs wird sich für Einsteiger/innen eignen und an die aktuelle Diskussion heranzuführen. Material wird – wie immer – gestellt.

Für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

### Kurs Philosophie: Die kommunitaristische Debatte

Im Kommunistischen Manifest formulieren Marx/Engels als Ziel der kommunistischen Bewegung eine „Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“. Die Passage wird viel und gern zitiert, bleibt jedoch durch den Begriff „Bedingung“ im Hinblick auf das Verhältnis zwischen „einem jedem“ und „allen“ eher vage und deshalb diskussionsbedürftig.

In den USA hat sich in den 80er und vor allem in den 90er Jahren u.a. auf dem Hintergrund der Entfaltung des Neoliberalismus und seiner Folgen, der Tendenzen sozialer Desintegration, wachsender Kriminalität, zunehmender Zentralisation der Macht und auf dem Gegenpol wachsender Ohnmacht und Marginalisierung großer Bevölkerungsgruppen usw. eine philosophische und praktisch-politische Strömung herausgebildet, die als Kommunitarismus (englisch: community) bekannt wurde. Philosophisch entwickelte sie sich als Kritik des liberalen Menschenbildes, wie sie aus der Auseinandersetzung mit der Rawlschen Theorie der Gerechtigkeit als Fairness entstand. Die – sehr unterschiedlichen – kommunitaristischen Autoren problematisieren die liberale Vorstellung des einzelnen, autonomen Subjekts und betonen die soziale Einbettung menschlichen Handelns. Politisch versucht der amerikanische Kommunitarismus, die partizipativen Traditionen der amerikanischen Gesellschaft unter den Bedingungen der modernen Gesellschaft und angesichts der oben angedeuteten Entwicklungen wiederzubeleben bzw. zu stärken. Große soziale und politische Bewegungen in den USA – zuletzt etwa die Cities-for-Peace-Bewegung – sind ohne Kenntnis dieser Traditionen und ohne die breite Kommunitarismus-Debatte der vergangenen Jahrzehnte kaum zu verstehen.

Problematischer ist die kommunitaristische Diskussion in Deutschland, wo die liberal-republikanischen und partizipativen Traditionen schwächer ausgebildet sind und wo zentrale kommunitaristische Begriffe wie Gemeinschaft, Gemeinsinn o.ä. eng mit der faschistischen Volksgemeinschaftsideologie verknüpft und durch diese gründlich diskreditiert sind. Seinen politischen Niederschlag findet der Kommunitarismus im Konzept der Bürgergesellschaft, das auf der einen Seite von den Konservativen aufgenommen wurde, auf der anderen Seite aber auch in der an der Stärkung von Selbstorganisation und Selbsttätigkeit interessierten Diskussion der PDS eine Rolle spielt.

Wir wollen im Philosophie-Kurs der diesjährigen Linken Winterschule der Frage nachgehen, ob aus der Auseinandersetzung mit dem Kommunitarismus Anstöße für die linke, sozialistische Debatte über das spannungsreiche Verhältnis von Gerechtigkeit und Konzeption des guten Lebens, von Individuum und Gesellschaft, von Autonomie und Gemeinschaft, von „freier Entwicklung eines jeden“ und „freier Entwicklung aller“ zu gewinnen sind, und welche. Eine Diskussion dieser Fragen ist angesichts der Globalisierung und ihrer Rückwirkungen auf die Gesellschaften um so notwendiger.

Wir lesen und diskutieren Texte von Alexis de Toqueville, Michael Walzer, Charles Taylor, Amitai Etzioni und anderen. Wie immer liegen die Texte zu Beginn des Kurses für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer vor.

Christiane Schneider

Ort: Jugendwohnheim Juventas, Güntherstr. 26-27, 99705 Sondershausen, Tel. (0 36 32) 78 22 59